

Stichwort: BAYER

Informationen zum multinationalen BAYER-Konzern

„Wie kommt Nemacur nach Tübingen?“

Seite 8

Probe-Exemplar 2,-^{DM}



F. Hockemeyer



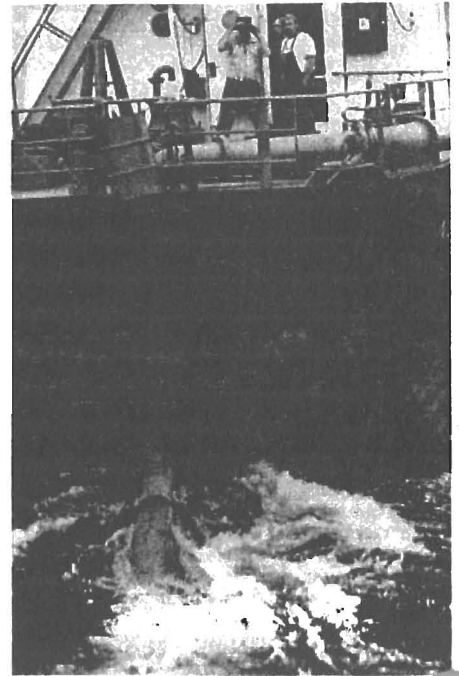
Die Fische und Robben sterben. Die Nordsee stirbt. Unübersehbar geht dieses Meer zugrunde.

Der „Stern“ v. 09.06.88 schreibt in seinem Leitartikel unter der Überschrift „Nordsee – Mordsee: Jagen wir die Mörder“: „Welche Chemiefirma welchen Dreck in den Rhein geleitet hat, ...ist kein neues Thema. ...Wir reden

vieler Tausend Aktionäre den Sachverhalt klar.

Weder der Vorstandsvorsitzende, Herr Strenger, noch der Vorsitzende des Aufsichtsrates, Herr Grünewald, noch der dem Aufsichtsrat angehörende Präsident des Deutschen Bauernverbandes, Herr Heeremann, noch der anwesende Vorsitzende der Industriegewerkschaft Chemie, Herr Rappe, können leugnen, seit Jahren auf den von ihnen zu verantwortenden Mord an der Nordsee aufmerksam gemacht worden zu sein. Und sie können auch nicht leugnen, immer wieder aufgefordert worden zu sein, dieses Morden sofort zu beenden.

Doch in selbtherrlicher und arroganter Weise wischte BAYER das Thema immer wieder vom Tisch. Selbst kleinste Zugeständnisse – wie etwa das Dünnsäure-Recycling in Leverkusen – mußten dem Konzern nur gegen dessen äußersten Widerstand und mit



Dünnsäureverklappung in der Nordsee

Wir wollen von den Mördern sprechen

...nicht von Katastrophen..., wo der Begriff 'Schicksal' akzeptiert wird und Schuld namentlich gemacht werden kann. Wir sprechen von Mord, und wir wollen von den Mördern sprechen."

Es geht um den Mord an der Nordsee, und ich möchte von den Mördern der Nordsee sprechen. Von einem der Mörder.

Seit Jahren dokumentieren wir, wieviele Tonnen welcher Gifte der BAYER-Konzern in die Nordsee kippt. Über den Rhein, die Elbe, die Schelde; über Verklappungsschiffe und Verbrennungsdampfer; über Abflußrohre, Schornsteine und Rutschen. Ja selbst im Regen finden sich mittlerweile die Pestizid-Gifte. Mit diesem tagein, tagaus fließenden Giftstrom ist BAYER einer der Mörder der Nordsee.

Und der Konzern handelt vorsätzlich. BAYER kann nicht behaupten, nicht gewußt zu haben, daß die Nordsee u.a. durch seine Gifte gemordet wird.

Selbst wenn den Verantwortlichen, dem Vorstand und dem Aufsichtsrat des Konzerns, der Blick auf diesen Mord durch Betriebsprobleme und Bilanztechnik verstellt gewesen sein sollte, so wurden und werden sie doch seit spätestens 1983 ausdrücklich und unüberhörbar Jahr für Jahr darauf aufmerksam gemacht: Auf den jährlichen Aktionärshauptversammlungen. Dort melden sich seit 1983 jedes Jahr kritische Aktionäre aus dem In- und Ausland zu Wort und legen in Anwesenheit

massivem öffentlichen Druck abgerungen werden.

Ja die Herren aus Vorstand und Aufsichtsrat empörten sich selbst jetzt noch über die Kritik an ihnen im Zusammenhang mit dem Nordsee-Sterben. Herr Strenger fand nicht „ungeheuerlich“, daß BAYER die Nordsee mordet, sondern daß ich es auf der diesjährigen Hauptversammlung wagte, den eingangs erwähnten „Stern“-Artikel zu zitieren. Auf meine Forderung nach sofortigem Stop aller toxischen Einleitungen ging Herr Strenger gar nicht erst ein. Und auch die Frage, wie BAYER denn seine Verantwortung für die Nordsee wahrnehmen wolle, wie denn die toten Tiere wieder lebendig gemacht werden, wie denn das verseuchte Meer entgiftet werden solle, blieb unbeantwortet.

Der „Stern“ stellt abschließend fest:

„Jeder hat begriffen, daß heute die Robben sterben, morgen wir. Es geht also ums Überleben. ...Wer jetzt noch schweigt, macht sich mitschuldig, und keiner kann sagen, er habe es nicht gewußt oder es nicht gesehen.“

Mit umweltfreundlichen Grüßen

Ihr
Axel Köhler-Schnura

Inhaltsverzeichnis

Aktiv	3
BAYER 2000	5
Belegschaft/Arbeitsplätze	5
Das Imperium	12
Die Aktionärs- hauptversammlung	4
Dritte Welt	11
Gen-/Biotechnologie	7
Gesellschaft	1
Gewerkschaften	6
Haushaltschemikalien	7
125 Jahre BAYER	5
Impressum	16
Kunststoffe	9
O-Ton BAYER	13
Ökonomie	12
Pestizide	7
Pharma	9
Politik	13
Produktionssicherheit	14
Prozeß	3
Sport	15
Standorte	11
Unfälle	6
Unveröffentlicht	16
Wissenschaft/Forschung	15

Prozeß

Neue Adressen für
Stellungnahmen

Nach wie vor treffen bei uns Kopien von Protesterklärungen und Stellungnahmen zum Prozeß des BAYER-Konzerns gegen uns ein. Wir danken allen, die sich in dieser Weise für uns einsetzen und bitten zugleich darum, auch weiterhin beim BAYER-Konzern und beim Oberlandesgericht Köln gegen diesen Prozeß zu protestieren:

BAYER
Vorstand/Aufsichtsrat
5090 Leverkusen

Oberlandesgericht Köln
Pressesenat
Reichensperger Platz 1
5000 Köln

Wir bitten darum, uns eine Kopie der Stellungnahmen zu übersenden. △

Neue Dokumentation
erhältlich

Mittlerweile dauert der Prozeß des BAYER-Konzerns gegen uns schon ein ganzes Jahr. Die Materialien allein der ersten Instanz umfassen mehr als 200 Seiten. In der zweiten Instanz sind bereits nahezu 100 Seiten hinzugekommen.

Die Prozeßdokumentation „Prozess I“ enthält sämtliche Materialien der ersten Instanz.: Die Schriftsätze, das Urteil, die Stellungnahme und einen Auszug aus dem Medien-Echo.

Sie kann für DM 25,-- zzgl. DM 5,-- für Port/Verpackung in der der Geschäftsstelle angefordert werden.

Die Dokumentation „Prozeß II“ enthält alle Materialien der zweiten Instanz: Die Schriftsätze, die Stellungnahmen und einen Auszug aus dem Medien-Echo. Naturgemäß ist diese Dokumentation bisher weniger umfangreich als die zur ersten Instanz. Dementsprechend kann sie für DM 10,-- zzgl. DM 5,-- für Porto/Verpackung in der Geschäftsstelle bezogen werden.

Wer bereits Teile hat, kann sich an Uwe Friedrich: 0212/ 33 49 54 wenden und für einen Aufpreis seine Dokumentation aktualisieren lassen. △

Zivilsenat nicht
zuständig

Der mit dem Prozeß des BAYER-Konzerns gegen die Coordination und ihren Sprecher Axel Köhler-Schnura zunächst befaßte 15. Zivilsenat des Oberlandesgerichts Köln erklärte sich für nicht zuständig. Er verwies die Angelegenheit an den Pressesenat des Oberlandesgerichts.

Der Pressesenat des Oberlandesgerichts setzte den Verhandlungstermin auf den 12. Juli 1988, 11.00 Uhr, Raum 153, fest. △

Aktiv

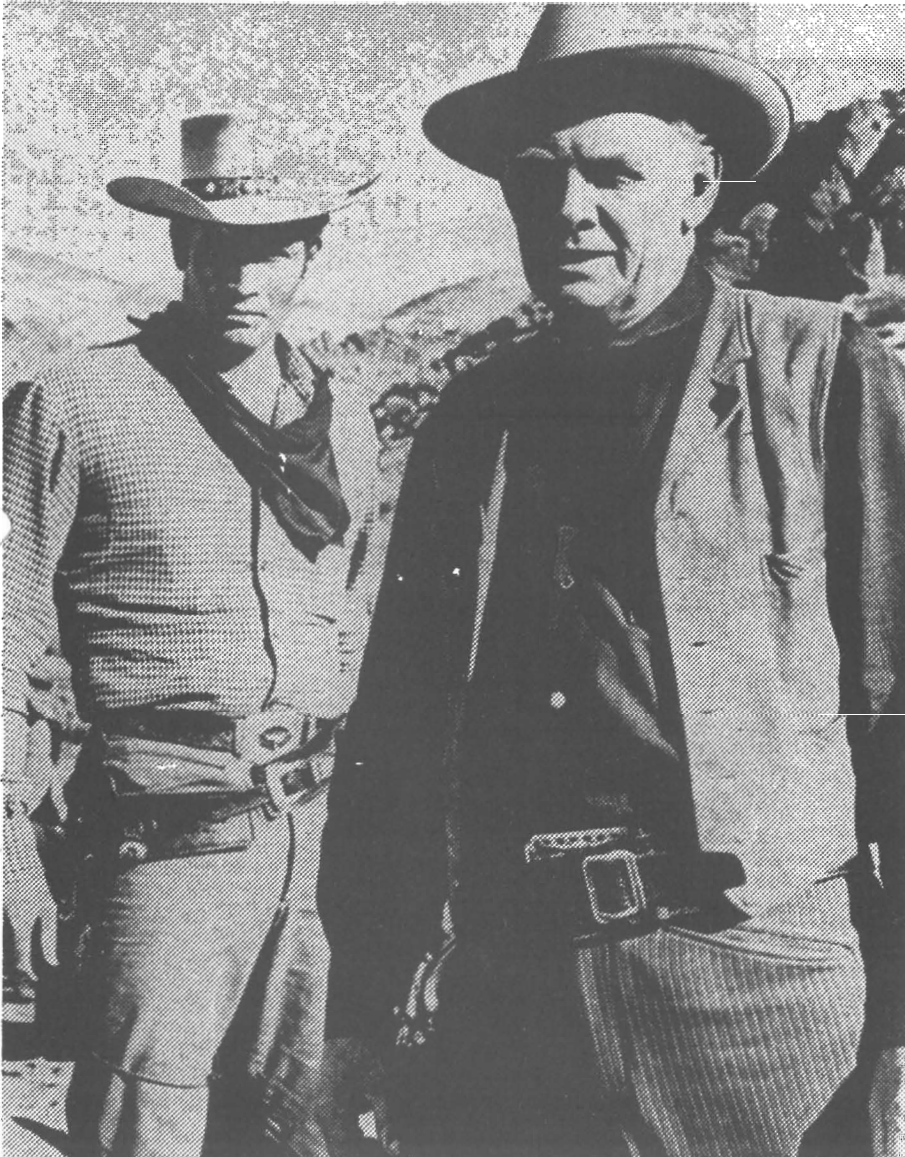
GRÜNE gegen Paten-
tierung lebender
Organismen

Am 3.2.1988 fand eine Anhörung zu Fragen des Patent- und Sortenschutzes für „gentechnologische Produkte und Verfahren“ im Rechtsausschuß des Bundestages statt. Hierzu reisten Lobbyisten vom Patentamt, vom Max-Planck-Institut und vom Verband der Chemischen Industrie (VCI) an, mit dem Ziel, das Patentrecht auf gentechnisch veränderte Pflanzen und Tiere zu erweitern.

Obwohl der Rechtsausschuß sich gegen die Anträge der GRÜNEN ausgesprochen hatte, SprecherInnen der Landwirte sowie der Natur-, Umwelt- und Tierschutzverbände zuzulassen, konnten die Lobbyisten sich nicht durchsetzen. Nicht nur die GRÜNEN, sondern auch einige der anwesenden Sachverständigen haben betont, daß eine Pflanze oder ein Tier, dem mittels Gentechnologie ein neues Gen eingepflanzt würde, noch lange nicht als „Erfindung“ eines Gentechnologen gelten kann. Aus ethischer Sicht seien derartige Manipulationen nicht erst dann fragwürdig, wenn sie darauf abzielten, tierische Gene in Menschen oder, wie bereits geschehen, menschliche Gene in Tiere (um z.B. menschliche Hormone aus Rinder- oder Mäusermilch zu gewinnen) einzuführen. Auch jede Neukombination von Tiergenen brächte unzählige Tierversuche und tote Tiere oder Tierembryonen mit sich und verstieße schon deshalb gegen die Bestimmungen und die erklärten Absichten des Tierschutzgesetzes.

Noch siegte also die Vernunft. Vom Druck der öffentlichen Meinung sowie von Aktionen der Naturschützer wird es nicht zuletzt abhängen, wie weit sich die Chemische Industrie mit ihren Plänen zur Patentierung gentechnisch veränderter Lebewesen durchsetzen kann.

Die GRÜNEN lehnen dies mit der Begründung, daß damit „die Vermarktung und Privatisierung der unbelebten Natur auf die lebende Natur ausgedehnt“ werde, ab. „Tiere, Pflanzen und Mikroorganismen dürfen nicht als Eigentum Einzelner betrachtet werden, sondern müssen als Gemeineigentum für alle, auch für künftige Generationen, erhalten bleiben. Nötig sei ein wirksamer Schutz des Lebens... und nicht der Schutz fragwürdiger Gen-Erfindungen.“ △



Im Prozeß erhalten wir manchmal Unterstützung von völlig unerwarteter Seite. — An dieser Stelle vielen Dank für eure Solidarität

Aufklärung über Medikamenten-Unfug in der Dritten Welt

Die Praktiken multinationaler Chemie- und Pharma-Konzerne in den Ländern der sog. Dritten Welt sind oftmals haarsträubend und menschenfeindlich. Der BAYER-Konzern stellt dabei keine Ausnahme dar (wir berichteten mehrfach).

Als „einzigartiges Antirepressivum“ verkauft „medico international“ ein in Form einer Medikamentenschachtel angebotenes, sinnigerweise MEDICO MENTAL genanntes Informationspaket, das in der Tat „hochwirksam, überzeugend und natürlich“ ist.

MEDICO MENTAL enthält 10 Informationskarten zur Aufklärung über Gesundheit, Medizin und überflüssige Geschäfte mit falscher Medizin in der Dritten Welt. Sie sollen helfen, darüber nachzudenken, wie eine Medizin geschaffen werden kann, die sich nicht am Profit orientiert und sich auch nicht als bloßer Reparaturbetrieb innerhalb jener Produktionsverhältnisse versteht, die auf Ausbeutung und Ungerechtigkeiten gründen.

Eine Karte unter dem Stichwort „Gesundheit und Arzneimittel“ informiert beispielsweise darüber, daß es allein auf dem bundesdeutschen Arzneimittelmarkt über 47.000 Medikamente gibt. Die Weltgesundheitsorganisation hingegen kann mit langjährigen klinischen Erprobungen belegen, daß 270 Substanzen ausreichen, um 95 % aller Symptome und Krankheiten zu behandeln.

Die Karte zum Thema „Risikofaktor Pestizide“ bringt u.a. ein beeindruckendes Beispiel: Bei Reisbauern auf den Philippinen steigerte sich zwischen 1972 und 1984 die Sterblichkeitsrate um 27 %. Dies sei nur mit dem berufsmäßigen Umgang der Männer mit Pestiziden zu erklären. Die Devise des Industrieverbandes Pflanzenschutz, vereinfachend gesagt: Je mehr Pestizide, desto weniger Hunger, sei falsch. Hunger in der Dritten Welt sei in erster Linie ein Problem der Verteilung. Was kümmert uns das? Die Dritte Welt ist weit – so mag so mancher denken. Jedoch: „70 % der in den Armländern eingesetzten Pestizide werden für Nahrungsmittel verwandt, die auf unseren Tisch gelangen.“

Unter der Überschrift „Atemwegserkrankungen“ informiert MEDICO MENTAL über eine unlautere Praktik von BAYER in Peru: „Vor einigen Jahren verteilte die Firma BAYER an Ärzte in Peru einen Werbeprospekt für BRONCHO BINOTAL, 'das Antibiotikum für die ganze Familie', eine rationale Kombination des Antibiotiums AMPICILLIN mit einer angeblich schleimlösenden Substanz, deren Anwendung auch bei 'Grippe und Atemkatarrh' empfohlen wurde. ...- Zu wessen Nutzen?“

Zum Thema „Vitamin-Unfug“: Tausende zweifelhafte Präparate seien auf dem Markt. Sie „enthalten zudem Alkohol, z.B. BAYER's TONIC (BAYER).“

Literaturempfehlungen jeweils am Ende der Karten weisen auf kritische Veröffentlichungen und Organisationen zu den angesprochenen Themen hin.

Alles in allem ist MEDICO MENTAL derart überzeugend gemacht, daß man der Schachtel eine weitreichende Verbreitung nur wünschen kann!

Bezugsmöglichkeit: Siehe nachfolgende Anzeige. △

Die Schachtel die es in sich hat

das einzigartige Antirepressivum

MEDICO MENTAL

hochwirksam
überzeugend
natürlich

medico-mental ist ein Medikament, das sich nicht einfach schlucken läßt. Die Schachtel enthält 10 hochdosierte Informationskarten: zur Aufklärung über Gesundheit, Medizin und überflüssige Geschäfte mit falscher Medizin in der Dritten Welt.

Comp.: Tips und Wissenswertes über Vitamine, Durchfallerkrankungen, Atemwegserkrankungen, Hunger und Hilfe, Pestizide, Bevölkerungswachstum, Verschuldung, Basismedikamente.

Indikation: Armut, Mangelernährung, Ungerechtigkeit, Fehlende Hygiene, Arbeitslosigkeit, Umweltzerstörung, Medikamentenmißbrauch.

Bezug über medico:
Preis 3,- DM/lm 5er-Pack 10,- DM

medico international, Obermainanlage 7,
6000 Frankfurt 1, Telefon (0 69) 49900 41.



Pestizid-Aktionsnetzwerk diskutiert Gesprächskriterien

Die Kritiker der Chemischen Industrie diskutieren zunehmend darüber, welchen Sinn direkte Gespräche mit ihrem Gegenüber haben; und unter welchen Voraussetzungen derartige Gespräche überhaupt sinnvoll durchgeführt werden können.

Nachdem der Bundesvorstand des „Bund Umwelt und Naturschutz Deutschland“ (BUND) sowie die „Coordination gegen BAYER-Gefahren“ bereits derartige Gesprächskriterien veröffentlicht haben, diskutiert jetzt der Vorstand des „Pestizid-Aktionsnetzwerks“ (PAN) über solche Grundsätze. Der Entwurf sieht vor:

1. PAN ist ein Netzwerk – keine Einzelperson kann für PAN als Ganzes sprechen.

2. An Gesprächen mit der Chemischen Industrie sollen immer mindestens zwei PAN-VertreterInnen teilnehmen.

3. Es muß grundsätzlich die Möglichkeit bestehen, zu dem Treffen Öffentlichkeiten herzustellen. Das heißt PAN behält sich vor, gegebenenfalls eine Journalistin/ einen Journalisten bzw. eine andere Person aus der interessierten Öffentlichkeit zu dem Treffen mitzubringen.

4. Eine Tagesordnung muß vor dem Treffen vereinbart werden.
5. Es darf keine Vertraulichkeit vereinbart werden. Das heißt Inhalte und Ergebnisse des Treffens müssen auch an andere PAN-Gruppen sowie an die Öffentlichkeit weitergegeben werden können.
6. Ein begonnener Dialog verpflichtet nicht zu einer Fortführung in der Zukunft.
7. Aufgrund der begrenzten personellen und finanziellen Ressourcen können Aufwand-/Nutzen-Überlegungen zu einem Verzicht auf Treffen führen.
8. Von dem Treffen ist ein Protokoll anzufertigen.
9. Aus einer eventuellen Annahme von Mitteln für die durch den Dialog entstandenen Kosten (Fahrkosten, Unterbringung etc.) dürfen keinerlei Verpflichtungen erwachsen.
10. PAN behält sich vor, in speziellen Situationen weitere Dialogkriterien aufzustellen.

Die Aktionärs- hauptversammlung

Gegenanträge zur BAYER-Hauptversammlung

24 Aktionäre reichten im Mai bei BAYER 60 Gegenanträge ein. Sie beantragten die Reduzierung der Dividende von DM 11,- auf DM 3,-, die Nichtentlastung des Vorstandes, die Nichtentlastung der Kapitalvertreter im Aufsichtsrat sowie die Wahl von Axel Köhler-Schnura, Sprecher der „Coordination gegen BAYER-Gefahren“, zum Mitglied des Aufsichtsrats und die Wahl von Frau Pastorin Friedel Geisler, Vorstandsmitglied der „Coordination gegen BAYER-Gefahren“, zum Ersatzmitglied des Aufsichtsrats.

Die Anträge zur Reduzierung der Dividende wurden damit begründet, daß von der chemischen Produktion bei BAYER Gefahren für Menschen, Tiere und Umwelt ausgehen und es nötig sei, Rücklagen für den Fall zu bilden, daß BAYER auf öffentlichen Druck hin den Forderungen nach Umstellung auf umwelt- und menschenfreundliche Produktion und Produkte nachkommen muß.

Die Anträge auf Nichtentlastung des Vorstandes sowie auf Nichtentlastung der Kapitalvertreter im Aufsichtsrat wurden mit einer Fülle von konkreten Vorfällen begründet, die belegen, daß auch im Geschäftsjahr 1987 in Verantwortung der Konzernleitung Umweltschäden verursacht und Menschen gefährdet wurden.

Die Anträge zur Aufsichtsratswahl schließlich wurden damit begründet, daß es endlich notwendig ist, im Aufsichtsrat der Ökologie konsequent verpflichtete Mitglieder zu haben. Von den bisherigen

Aufsichtsratsmitgliedern kann dies nicht behauptet werden.

BAYER faßte, wie üblich, die mehr als 20 Seiten umfassenden Begründungen der Gegenanträge auf zwei DIN A4-Seiten zusammen und teilte sie seinen 320.000 Aktionären mit. Die Mitteilung schließt mit dem seit nunmehr fünf Jahren bekannten Satz: „Die Gesellschaft hält alle Anträge für unbegründet. Der Vorstand wird ...in der Hauptversammlung dazu Stellung nehmen.“



Journalisten fürstlich ausgehalten

Wenn es darum geht, bestimmte Informationen in die Medien zu drücken, läßt sich der BAYER-Konzern dabei nicht lumpen. Das Pressespektakel in Köln zur Darstellung der „Drei Milliarden-Investitionen“ (wir berichteten) in Köln Ende vergangenen Jahres bot den anwesenden Pressevertretern alles, um das, was BAYER als bahnbrechende „Umweltperspektive“ verkaufen wollte, geradezu in Urlaubsstimmung zu konsumieren.

Mit einem 280er Mercedes wurden Journalisten vom Kölner Hauptbahnhof in ein Luxushotel chauffiert. Unterkunftskosten für eine Nacht: 380,- DM.

150 Journalisten waren geladen. 150 mal 380,- DM, das Ganze mal zwei Nächte gleich 114.000,- DM. Hinzu kommen Kosten für Mittagessen, Abendbrot, eine Schiffstour auf dem Rhein sowie Telefonkosten – jeder Journalist konnte unbegrenzt telefonieren.

Weitere Kostenfaktoren: Anschauungs- und Propaganda-Material, Broschüren, Konferenzraum, ...usw. usf.△



Keine Lachse im Rhein

Die Industrievertreter auf der „Internationalen Rheinschutzkonferenz“ in Straßburg sprachen Klartext: Lachse wird es wohl auch im Jahre 2000 im Rhein nicht geben! Diese Wunschvorstellung der Umweltministerkonferenz vom September 1987 wurde von den Industrievertretern in das Reich der Phantasie verwiesen. Und Herwig Hulpke, Leiter der Umweltabteilung des BAYER-Konzerns in Leverkusen, wußte auch weshalb: „Flußbegradigungen, Uferbefestigungen und der enorme Schiffsverkehr sind für Lachse ebenso schädlich wie schmutziges Wasser“.

Die Herren von BAYER & Co. gaben sich jedoch auch optimistisch: Bis 1995 sei es durchaus machbar, die Schadstoffeinträge zu halbieren. Das Wörtchen „Null“ wie „Null-Emission“ nahm niemand in den Mund. △

125 Jahre BAYER

Seminar zum 125jährigen Jubiläum

Zum 125jährigen Jubiläum des BAYER-Konzerns bieten wir ein Seminar an, das die Geschichte des Konzerns aus einem etwas anderen Blickwinkel betrachten soll: 125 Jahre BAYER – 125 Jahre Umweltverschmutzung und Menschengefährdung.

Das Seminar findet vom 23.09.-25.09. statt. Am Sonntag wird parallel dazu die Mitgliederversammlung durchgeführt. Die Teilnahmegebühr beträgt DM 70,--.

Der genaue Ort und die Anreisemöglichkeiten werden bei Anmeldung mitge-



Gesamtbetriebsvereinbarung zur Personal-datenverarbeitung

Am 1. Januar trat die Gesamtbetriebsvereinbarung „über die automatische Verarbeitung von personalgebundenen Daten“ in Kraft. Sie regelt nicht nur den Umgang mit den bestehenden Personaldaten-Systemen, die in sich schon problematisch sind, sondern erlaubt zusätzlich die Einführung von Personal-Informationssystemen. Das wechselseitige Lob von Betriebsrats- und Betriebsleitungs-Angehörigen kann nicht darüber hinwegtäuschen, daß die neue Vereinbarung große Gefahren in sich birgt.

Bei dem neu einzuführenden Personal-Informationssystem handelt es sich um ein Datenverarbeitungssystem, mit dessen Hilfe personenbezogene Daten beliebig kombiniert werden können. Die durch spezielle Kontrollsysteme (Betriebsdaten, Teledaten, Zeiterfassung usw.) gewonnenen Informationen ermöglichen im Rechenzentrum eine fast vollständige Leistungs- und Verhaltenskontrolle der Beschäftigten (Fehlzeiten, Krankheitsstatistiken usw.).

Besondere Bedeutung kommt dem sogenannten „Profilabgleich“ zu, bei dem Personaldaten (Qualifikation, gesundheitliche Einschränkung usw.) mit Arbeitsplatzdaten (erforderliche Qualifikation, psychische und physische Anforderungen

teilt. Die Anmeldung erfolgt nur, wenn der Teilnehmerbetrag per Scheck beglichen wird. Wir bitten um Verständnis, da die Tagungsräume uns entsprechende Kosten verursachen. △

DKP verteilt Humus

800 Menschen in den Leverkusener Straßen Dhünnau und Rheinallee müssen auf hochgiftigem Giftmüll leben. Manche seit über 30 Jahren. Die Folgen für die Gesundheit der Menschen und besonders der dort lebenden Kinder ist heute noch nicht vollständig abzusehen. Eine breite Bürgerbewegung, darunter auch zahlreiche Ärzte aus Leverkusen, fordern seit Bekanntwerden des Skandals im Jahre 1987 die sofortige Umsiedlung der Betroffenen.

Alle Gutachten gehen von einer Gefährdung für die Menschen aus. Bis heute ist noch nichts geschehen. Mit rotweißem Plastikband wurden die Wiesen abgesperrt, auf Papptafeln ist zu lesen, daß das Betreten der Wiesen außerhalb der gepflasterten Wege verboten ist.

Am Tag der offenen Tür – zum 125jährigen Firmenjubiläum – überreichte die DKP Leverkusen den Besuchern jeweils ein kleines Päckchen Humus. Sie forderten „Boden zum Leben – Menschen gehören nicht auf den Müll!“ △

usw.) verglichen werden, um somit die richtige Person zum richtigen Zeitpunkt auf dem richtigen Arbeitsplatz einsetzen zu können. Damit wird es der Unternehmensleitung ermöglicht, Beschäftigte zielgerecht um- und auszusortieren, ohne entsprechende Arbeitsplatzveränderungen vornehmen zu müssen. △

Profit durch Vorschlagswesen

1987 stieg die Zahl der von Arbeitnehmern eingereichten „Verbesserungs“-Vorschläge in den fünf undesdeutschen Werken um 48,8% auf insgesamt 4.417 an. (Wir berichteten in SWB 1-2/88.)

Nach BAYER-eigenen Angaben steht der Prämiensumme in Höhe von 1.304.765,-- DM eine jährliche (!) Einsparung von 10,1 Mio. DM entgegen. Anders ausgedrückt: Die durchschnittliche Höhe der einmalig gezahlten Prämie liegt bei 998,-- DM, die durchschnittliche Ersparnis für den Konzern pro Jahr bei 7.734,-- DM. △

Qualifiziertes Personal nötig

Dr. R. Widemeyer, Zentralbereich Personalwesen der BAYER AG, stellt fest: „Aufgrund der sich verändernden Qualifikationsstruktur der Arbeitsplätze wird es künftig mehr als heute schon den hochqualifizierten Mitarbeiter geben, für den seine individuelle Leistung zählt.“ So kommt es, daß der Konzern viel und gerne in die Qualifizierung seiner Belegschaft investiert.

BAYER schuf ein eigenes „Bildungswesen“. Allein im Jahr 1987 haben rund 29.500 KollegInnen an diversen BAYER-Weiterbildungsmaßnahmen teilgenommen. Bei einer Beschäftigungszahl von rund 64.000 für alle fünf bundesdeutschen Werke ist das somit fast jeder Zweite.

Vor anderthalb Jahren begann man mit der Einrichtung von Fernlehreangeboten. Bereits im ersten Jahr erfolgten mehr als 1.200 Anmeldungen. Interessant ist, daß das Angebot insbesondere von Frauen genutzt wird. Ca. 30 % aller Anmeldungen entfielen auf sie, obwohl ihr Anteil an der Gesamtbelegschaft lediglich 18 % beträgt. Offensichtlich erhoffen sich die ansonsten benachteiligten Frauen durch höhere Qualifizierung größere Chancen. △

Keine Neueinstellungen durch Arbeitszeitverkürzung

Mitte Juli 1987 einigten sich die IG Chemie und der Bundesarbeitgeberverband Chemie auf ein neues Tarifpapier, das eine Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit um eine Stunde für alle Beschäftigten vorsieht (vergl. SWB 4-5/87, Seite 15). Wie bei BAYER nun verlautete, wird es, wenn ab Mitte 1989 eine Stunde weniger gearbeitet wird, keine Neueinstellungen geben. Begründung dieser Aussage: Der Konzern würde nicht genügend Fachkräfte finden können.

Wie bei der jüngsten scheinheiligen „Offerte“, 500 von der Arbeitslosigkeit bedrohte Rheinhausener Krupp-Kollegen zu übernehmen, deutlich wurde, sind schon heute allein im BAYER-Personalbüro/Uerdingen 700 Arbeitslose gemeldet, die auf Einstellung warten. 300 Lehrlinge sorgen sich dort, ob sie nach Abschluß ihrer Ausbildung einen unbefristeten Arbeitsvertrag erhalten werden. △

Gewerkschaften

Rappe zur Gewerkschaftsstrategie

Auf einer Veranstaltung des BAYER-Gesamtbetriebsrates äußerte sich Hermann Rappe, Vorsitzender der IG Chemie, SPD-Bundestagsabgeordneter sowie Mitglied des BAYER-Aufsichtsrates, zur künftigen Strategie der Gewerkschaft. Dabei sprach er sich für eine Beibehaltung des Modells der Kooperation und gegen ein Umschwenken auf ein konfliktorientiertes Konzept aus. Das Verhältnis des IG Chemie-Vorstandes zu den Arbeitgeberverbänden sei ein partnerschaftliches.

Die Chemische Industrie benötige die Forschung und den Profit, denn Konzerngewinne sicherten Arbeitsplätze.

Die Bedingungen der Forschung würden auch durch die Genehmigungspraxis der Behörden bestimmt. „Wenn aus den Genehmigungsbehörden – und wenn mir



Foto: Hartmut Schrotz

sämtliche Regierungspräsidenten an die Wäsche springen – Verhinderungsbehörden werden und das alles im Ausland leichter geht, ist das ein ganz wesentlicher Punkt für die Gestaltung unserer Industrie- und Arbeitsverhältnisse in den kommenden Jahrzehnten.“ △

Gewerkschaft der Polizei und VCI zu Gefahrgut-Transporten

Ausgerechnet bei der Frankfurter HOECHST AG kamen Vertreter des „Verbandes der Chemschen Industrie“ (VCI) und der „Gewerkschaft der Polizei“ (GdP) zusammen, um die von der Gewerkschaft erarbeiteten „Thesen zur Bekämpfung der Umweltkriminalität“ zu diskutieren. Diese Thesen sind interessanterweise bislang noch nicht veröffentlicht worden. Die GdP teilte auf Nachfrage mit, daß sie „noch mit dem Umweltministerium und in verschiedenen DGB-Gremien diskutiert werden“ müßten. Nichtsdestotrotz konnten sie zuvor dem VCI vorgelegt werden, der möglicherweise nach „Mitgestaltungsmöglichkeiten“ gesucht hat.

Einer GdP-Pressmeldung zufolge ging es bei dem Gespräch in Frankfurt darum, „gemeinsam nach Wegen zur Entschärfung der Gefahr durch Gefahrgut-Transporte zu suchen. Beide Organisationen waren sich darin einig, daß der generellen Verlagerung von Gefahrgut-Transporten von der Straße auf die Schiene nicht zugestimmt werden kann.“ Dagegen fand die GdP-Forderung „nach einem eigenständigen Berufsbild für Gefahrgut-Fahrer“ auch „beim Verband der Chemschen Industrie ein positives Echo“.

GdP und VCI forderten weiterhin „eine Angleichung der nationalen und internationalen Gefahrgut-Vorschriften endlich in Angriff zu nehmen“.

Einer von BAYER getätigten Veröffentlichung zum Frankfurter Gespräch zufolge haben, anders kann man es kaum interpre-

tieren, die Gewerkschaften den Chemie-Konzernen nach dem Mund geredet. Heißt es doch so schön, daß beide Parteien „künftig eng zusammenarbeiten“ wollen. „Die Gesprächspartner... waren... einig über die unverzichtbare Eigenverantwortung der Unternehmen...“ △

Unfälle

Zwei Unfälle nach Stromausfall

Am 8. April 1988 kam es im sog. „X-Kraftwerk“ des Leverkusener Werkes zu einem Kurzschluß mit Rauchentwicklung in einer Schaltanlage. Einer BAYER-Mitteilung zufolge stehen Unfälle in zwei Betrieben mit dem aus dem Kurzschluß resultierenden Stromausfall in Verbindung.

In einer Chloranlage sei es zu einer Leckage gekommen. Wie groß die Menge einer wie auch immer gearteten ausgelaufenen Flüssigkeit gewesen war, wurde nicht bekannt. Der Schaden, so verlautete, konnte von den Mitarbeitern behoben werden, ohne daß die Feuerwehr eingreifen mußte.

In einer weiteren Produktionsanlage fiel ein Kühlsystem aus. Deshalb wurde eine große AMMONIAK-Wolke freigesetzt. Wiederum wurden keine genauen Angaben über die Menge des freigesetzten Stoffes gemacht. △

Gefährliche Wirkung von DMF

Im Januar 1982 hatte ein BAYER-Mitarbeiter der Dormagener DRALON-Fertigung 45 Stunden nach der Arbeit mit einer Bekannten eine Flasche Wodka geleert. Später richtete er die junge Frau mit bloßen

Händen derart zu, daß sie an inneren Blutungen verstarb. In diesem, seit sechs Jahren verhandelten Fall, prüften sieben Gutachter, ob die routinemäßige Kontaminierung der Kollegen in der DRALON-Herstellung mit DIMETHYLFORMAMID-Dämpfen (DMF) in Zusammenarbeit mit Alkohol zu einer Rauschverstärkung führen kann.

Nach Anweisung von BAYER dürfen Mitarbeiter, die DMF-Dämpfen ausgesetzt sind, 24 Stunden lang keinen Alkohol trinken. Der Kieler Toxikologe Professor Wassermann stellte hingegen fest, die Wirkung von DMF halte bis zu sieben Tagen an (demnach dürften die Kollegen der DRALON-Abteilung nur noch im Urlaub Alkohol trinken.)

Hat BAYER seinen Mitarbeitern die Sorgfaltspflicht verletzt und sie falsch, nämlich verharmlosend, informiert? Der Dormagener Kollege wurde wegen „vorsätzlichen Vollrausches“ verurteilt. Nicht die BAYER-Chemie war Schuld, sondern der Kollege selbst. △

Der Lieferant für die Giftstoffe ist u.a. die BAYER-Tochter HAARMANN & REIMER.

Mittlerweile sind eine ganze Reihe von Fällen dokumentiert, in denen Menschen vor allem mit MENTHYLBENZOAT, das in rund 70 % aller Heizungsrohrröhrchen verdunstet, Gesundheitsprobleme haben. Bei der „Interessengemeinschaft für Fernwärmeabnehmer“ (IdF), die für die Reinerhaltung der Wohnungsluft kämpft, haben sich nach deren Aussagen bereits „mehrere Tausend Menschen gemeldet, die ständig unter verseuchter Raumluft leiden“. Die meisten von ihnen sind noch nicht einmal direkt mit dem Giftstoff in Berührung gekommen. Sie führen Kopfschmerzen, Übelkeit und trockene Schleimhäute allein darauf zurück, daß sie ständig geringe Mengen des Lösungsmittels einatmen müssen. Lothar Lawrenz, Vorsitzender der IdF: „MENTHYLBENZOAT ist eine chemische Zeitbombe in unseren Wohnungen.“

Manfred Huth verlangte Schmerzensgeld von seinem Meßrohrröhrchen-Verteiler. Das Hamburger Amtsgericht allerdings sah keine Anhaltspunkte dafür, daß die Heizkostenfirma die Meßrohrröhrchen „wider besseren Wissens über ihre Giftigkeit“ installiert habe.

Aber selbst wenn Gutachten vorgelegt werden, tun sich die Gerichte schwer. Der Aachener Monteur von Heizungsmeßrohrröhrchen, Klaus Baderschneider, versucht bereits seit drei Jahren nachzuweisen, daß es die giftige Flüssigkeit war, die ihn zur Berufsunfähigkeit verurteilte. Jahrelang transportierte er z.T. offene oder zerbrochene Röhrchen in seinem Dienstwagen. Auch beim Auswechseln ließ ihm häufig MENTHYLBENZOAT über die bloßen Hände. Seither leidet er unter starken Kopfschmerzen, Magenkrämpfen und ausge-trockneten Schleimhäuten. In einem Gutachten wird ihm bescheinigt, daß seine Beschwerden eindeutig „auf die chronische Lösungsmittelintoxikation mit MENTHYLBENZOAT zurückzuführen sind“. Die Berufsgenossenschaft allerdings hält ihm entgegen, daß bisher „keine Literaturangaben über die inhalative Toxizität des Stoffes vorliegen“.

Im Fall MENTHYLBENZOAT verbinden sich wie immer die Interessen der Industrie mit ihrer Lobby in Politik, Berufsgenossenschaft etc. Anders ist es nicht zu erklären, daß die Bundesregierung MENTHYLBENZOAT nicht verbietet und die Berufsgenossenschaft offensichtlich berechnete Ersatzansprüche verweigert. △

**VIEL
ZU
VIEL**

hat uns der vom BAYER-Konzern aufgezwungene Prozeß schon gekostet. Um auch weiterhin effektive Arbeit leisten zu können, sind wir auf Spenden angewiesen. Zumal der Prozeß noch nicht beendet ist.

Coupon:

Ich möchte spenden DM _____

Ich möchte weitere Informationen

DM 5,- für kleines Infopaket

DM 20,- für großes Infopaket

Ich möchte Mitglied werden

Ich möchte 100 Flugblätter zum Weiterverteilen (DM 5,- in Briefmarken liegen bei)

Absender: _____

Datum/Unterschrift: _____

Coordination gegen BAYER-Gefahren
Achim Schmottlach
Hofstraße 27a
5650 Sülzigen 11

Sonderkonto:

Coordination gegen BAYER-Gefahren
PGIA/ Essen 4536 85-431

Gen-/Biotechnologie

K70pDB101 im Test

Das von BAYER gen-technologisch entwickelte Abwasserbakterium trägt den Arbeitstitel „K70pDB101“. Für den BAYER-Mikrobiologen Dr. Hans Georg Rast eine bombensichere Angelegenheit ohne jegliche Gefahr: Aus der Erbinformation wurde die Leuchtfähigkeit – gen-technisch: das Luziferase Operon – herausgeschnitten und in ein anderes Bakterium übertragen. Im Ergebnis ergab sich ein Abwasserbakterium, das je nach Giftigkeit schwächer oder heller leuchtet.

K70pDB101 wird nach wie vor im Biotechnologischen Labor der Leverkusener BAYER-Kläranlage „getestet“. BAYER brennt darauf, diese Bakterien in großem Maßstab in seiner Anlage einsetzen zu können.

In der „Schriftenreihe des Fonds der Chemischen Industrie“, deren Vorsitzender mit K.H. Büchel von BAYER gestellt wird, liest sich das in Heft 30/88 so: „Leuchtbakterien bewähren sich seit einiger Zeit bei der Überwachung vom Abwasser.“ △

Haushaltschemikalien

Übelkeit durch Verdunstungsrohrröhrchen

Bereits 1986 berichteten wir über giftige Verdunstungsrohrröhrchen. Ca. 40 Millionen dieser Röhrchen sind als Meßgeräte für den Wärmeverbrauch in zentralbeheizten Wohnungen im Einsatz. Es verdunsten giftige Flüssigkeiten, wie: MENTHYLBENZOAT, CYOLOHEXANOL oder PHENETOL.

Pestizide

Nachweis von Pestizid-Substanzen kaum möglich

Einer Statistik des Bundesverbandes der Landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften zufolge ereignen sich in der Bundesrepublik ca. 200 Unfälle mit Pestiziden pro Jahr. In Wirklichkeit dürfte diese Zahl um ein Vielfaches höher sein. Selbst die Berufsgenossenschaften räumen ein,

daß die leichten Vergiftungsfälle häufig nicht als im Zusammenhang mit Pestiziden stehend erkannt werden und entsprechend nicht mitgezählt werden.

Wissenschaftliche Belege über den Zusammenhang von unspezifischen, z.T. schwerwiegenden Krankheitssymptomen und dem Pestizideinsatz lassen sich nur sehr schwer anführen. Sind doch die Rezepturen der Pestizide — sie fallen unter das Betriebsgeheimnis der Hersteller — zu meist nicht bekannt.

Bei über 1.800 zugelassenen Pflanzenschutz-Mischungen weiß denn auch kein Labor mehr, nach welchem Stoff es suchen soll. Dr. Albert Otte von der Biologischen Bundesanstalt für Land- und Forstwirtschaft/Braunschweig: „Man kann nicht ins Blaue hinein alles mögliche auf Unschädlichkeit prüfen.“

Nach einem sog. „Wirkstoffbuch“ des „Industrieverbandes Pflanzenschutz“ (IPS) ist für das BAYER-Fungizid ANTRACOL noch nicht einmal die chemische Strukturformel des Wirkstoffes PROPINEB vollständig bekannt. Dennoch ist das Mittel zugelassen.

BAYER ist einer der größten Pestizid-Produzenten der Welt. Für die Zulassung neuer Präparate führt der Konzern eigene „Unbedenklichkeitsuntersuchungen“ durch, die später von der zulassenden Behörde lediglich auf Plausibilität hin geprüft werden.

Fazit: Selbst wenn denen, die sich kritisch mit Pestiziden beschäftigen, das z.Zt. verfügbare naturwissenschaftliche Instrumentarium bereitgestellt würde, dürfte es schwerfallen, etwaige kausale Beziehungen zwischen Krankheitssymptomen/ bzw.

Todesfällen und dem Einsatz von Pestiziden unanfechtbar herzustellen. — Auswirkungen des „Betriebsgeheimnisses“! △

Verteidiger im spanischen Giftöl-Prozeß vertreten NEMACUR-These

Die Verteidiger der 38 Angeklagten im spanischen Giftöl-Prozeß (wir berichteten mehrfach) haben Anfang Mai ihr Plädoyer abgegeben. Sie sehen es als nicht erwiesen an, daß ihre Mandanten an der Vergiftung von Tausenden von Menschen mit Todesfolge in mehr als 600 Fällen unschuldig seien und fordern deren Freispruch. Interessant ist, daß die Anwälte in der Begründung mit der von einigen spanischen Wissenschaftlern und auch der „Coordinación gegen BAYER-Gefahren“ vertretenen „NEMACUR-These“ argumentieren. In wissenschaftlichen Experimenten an Tieren, so die Verteidiger, seien die Vergiftungssymptome der Erkrankten und Verstorbenen durch vergälltes Rapsöl nicht wiederholbar gewesen. Einige Verteidiger machten deshalb ein Insektizid der Gruppe der PHOSPHORSÄUREESTER, wie z.B. NEMACUR von BAYER, das bereits 1981 in Almeria auf Tomatenfelder gesprüht worden sei, für den größten Lebensmittelvergiftungsskandal in Spaniens Geschichte verantwortlich.

Die Äußerungen des Staatsanwaltes Eduardo Fungairino lassen jedoch keinen

Zweifel daran, daß die Anklage trotz fehlender Beweise weiterhin davon ausgeht, daß das von den Angeklagten für die Stahlherstellung bestimmte, vergällte Rapsöl die Ursache der Massenvergiftung sei und damit die Angeklagten schuldig gesprochen werden müssen. △

Verhängnisvoll Vom Umgang mit Pestiziden

Es ist die alte Leier: Unter massiven Beschuß geraten, versucht der Chemieriese Bayer, sich mit Ausflüchten aus der Affäre zu ziehen. Es sei nicht richtig, daß das von ihm produzierte Pestizid „Nemacur“ in der Bundesrepublik nicht zugelassen sei. Vielmehr habe man hierzulande gar keine Zulassung beantragt. Was macht das denn für einen Unterschied? Weder der Hersteller noch irgendwelche Anwender können — aus welchen Gründen auch immer — eine deutsche Genehmigung vorweisen. Und doch ist das Mittel im Raum Tübingen, noch dazu in der Nähe eines Wohngebietes, versprüht worden.

Bislang gibt es keinen Beweis dafür, daß dieses Pestizid für über 30 Vergiftungen und einen Todesfall verantwortlich ist, aber zahlreiche Indizien. Die Staatsanwaltschaft ist bereits tätig geworden, und man darf, nach allem was bisher bekannt ist, davon ausgehen, daß eine solche brisante Substanz keine Zulassung erhalten oder eine existierende entzogen bekommen hätte. Das Schweigen der Bayer-Zentrale zum Thema Vergiftungen sagt mehr als jede bededte Erklärung.

Aber ein zusätzlicher Hinweis des Konzerns ist doch sehr aufschlußreich: „Nemacur“ sei für heiße südliche Gegenden bestimmt gewesen. Wenn es erstens denn schon so hochgiftig ist, wie stillschweigend eingeräumt wird, läßt es sich doch kaum verantworten, es dort auf den Markt zu bringen, wo nach allgemeiner Erfahrung die Leute noch weniger mit dem Umgang womöglich tödlicher Chemikalien vertraut sind. Aber — solche südlichen Länder waren ja schon immer als Abnehmer von Giften beliebt, die hierzulande niemand mehr der Bevölkerung zumuten kann und darf.

Zum zweiten: „Nemacur“ wird im Elsaß vertrieben, das nun wirklich nicht in heißen Breiten liegt. Das wirft wieder einmal die Frage nach der EG-Umweltpolitik auf. Bei uns ist das Pestizid (wie gesagt, aus welchen Gründen auch immer) nicht erlaubt. Beim Nachbarn Frankreich aber ist es erhältlich — ein weiterer Beleg dafür, daß es mit der Harmonisierung der Bestimmungen nicht klappt. Man kennt das von den wenig ruhmreichen Bemühungen um Katalysatorautos, vom vergeblichen Ringen um die Entgiftung von Kraftwerksabgasen und von der traurigen Rolle, welche die EG bei dem Versuch gespielt hat, umweltschädigende Treibgase einzudämmen. Frankreich hat sich immer eher als Bremser betätigt. Wie man jetzt sieht, kann das auch im Chemiebereich verhängnisvolle Folgen haben.

HERBERT FUEHR



NEMACUR-Geschädigte in Tübingen

Im Raum Tübingen traten im letzten Jahr über 30 mysteriöse Erkrankungen auf, darunter ein Sterbefall. Der weitaus größte Teil der Erkrankungen verlief **schleichend**, es kam zu Hautreizungen, **Atemnot**, Schwellungen, Schmerzen, Fieber, Allergien und Husten. Die selbst betroffene Hautärztin Dr. Elisabeth Scherwitz vermutet schon seit längerem einen Zusammenhang zwischen diesen unspezifischen Symptomen bzw. dem Sterbefall und dem Pestizideinsatz auf umliegenden Bauernhöfen.

Was zunächst von vielen ihrer Kolleginnen und Kollegen abgetan wurde, verdichtet sich jetzt zu einem mehr als ungeheuerlichen Verdacht.

Das Fernsehmagazin „report“ beauftragte ein namhaftes Institut, eine Bodenprobe aus dem Tübinger Umfeld zu analysieren. Dabei wurde der Wirkstoff FENAMIPHOS gefunden, der **ausschließlich** vom BAYER-Konzern und **ausgerechnet für das im Spanien unter Verdacht geratene Pestizid NEMACUR verwendet wird**. Wissenschaftler, wie der Ulmer Toxikologe Prof. Hans Uwe Wolf meinen, die Tübinger „Krankheitssymptome könnten durch

PHOSPHORSÄUREESTER-Pestizide verursacht worden sein“, wenngleich es „prinzipiell nicht möglich“ sei, „aufgrund der Symptome konkret ein oder mehrere Mittel zu benennen“.

Nachdem im vergangenen Jahr eine 39jährige Patientin von Frau Dr. Scherwitz mit, wie die Ärztin findet, großer Wahrscheinlichkeit an dem „toxischen Syndrom von Tübingen“ gestorben war, wurde ein Ermittlungsverfahren der dortigen Staatsanwaltschaft ausgelöst. Allerdings konnte nach Angaben der Behörde bisher der Nachweis eines direkten Zusammenhanges zwischen NEMACUR und dem Tod der Frau nicht erbracht werden. NEMACUR ist in der Bundesrepublik nicht zugelassen.

Die Autoren des zum spanischen Skandals herausgekommenen Buches „Der Tod, der von den Feldern kam“, Gudrun Greunke und Jörg Heimbrecht (wir berichteten), schalteten nach der „report“-Enthüllung das Bundesgesundheitsamt ein. Dieses, so mußten sie feststellen, stellte sich jedoch taub. Jörg Heimbrecht: „Den verantwortlichen Beamten ist nicht einmal die wichtigste Literatur über die Gefahren dieser Pestizid-Gruppe bekannt.“ △

Pestizidabsatz in 1987 gesunken

Einer vom Marktforschungsunternehmen Wood McKenzie/Edinburgh (Schottland) vorgelegten Studie zufolge sanken im Jahr 1987 die weltweiten Pestizidverkäufe um 1 % auf ein Volumen von 20 Mrd. US-\$. Allerdings wird für das Jahr 1988 wieder ein weltweiter Nachfrageanstieg von 2,5 % erwartet.

Trotz rückläufiger Entwicklung in 1987 kam es bei Fungiziden zu einem Wachstum des Marktanteils von 18,7 %, im Jahr 1986 auf 20,5 %. Der Herbizid-Anteil am gesamten Pestizidmarkt verringerte sich von 43,7 % (1986) auf 43,0 % (1987). Der Anteil der Insektizide sank im gleichen Zeitraum von 31,3 % auf 30,5 %.

Die Pestizid-Hersteller der Bundesrepublik sind über den Verlauf des Jahres 1987 gar nicht erfreut. Sie verzeichneten einen Umsatzrückgang um 15 % auf 4,2 Mrd. DM. Ursache: Der um 21,5 % gefallene Exportanteil. Die Nachfrage auf dem bundesdeutschen Markt konnte hingegen um 4,6 % auf 1,3 Mrd. DM gesteigert werden.

Nach Mitteilung des Industrieverbandes Pflanzenschutz (IPS) ist die Pestizid-Produktion in der Bundesrepublik seit 1984 um ein Drittel geschrumpft. △

Immer weniger

Abgesetzte Menge von Pflanzenschutzmitteln in der Bundesrepublik Deutschland (in Tausend Tonnen)



Wirtschaftswache 27.5.88

Kunststoffe

Kunststoff-Datenbank

Die vier Kunststoffhersteller BAYER, HOECHST, BASF und HÜLS haben eine Datenbank für thermoplastische Werkstoffe errichtet. Über angebotene Disketten sollen die Verarbeiter einen Überblick über die wichtigsten chemischen, physikalischen und verarbeitungs-technischen

Eigenschaften der jeweiligen Kunststoffe erhalten. Je Produkt sind ca. 30 Werte gespeichert. Das System erhielt den Namen „Campus“. BAYER will hierin die Kennwerte von zunächst ca. 300 Produkten eingeben, HOECHST ca. 250, BASF von 420 und HÜLS von ca. 200. △

Pharma

BAYER kannte das Aids-Risiko seiner Präparate

BAYER ist mit seinen „Blutgerinnungsfaktor VIII-Konzentraten“ mit verantwortlich dafür, daß die Aids-Epidemie unter Blutern im heutigen Ausmaß grassiert. Haben sich doch zahlreiche Hämophile mit verseuchten BAYER-Präparaten infiziert und im vergangenen Jahr Schadenersatz in Millionenhöhe gefordert.

Allerdings wäre das Risiko für Bluter, sich mit Aids zu infizieren, durchaus zu vermindern gewesen, wären anstelle der Faktor VIII-Medikamente sogenannte Kryopräzipitate eingesetzt worden. Darauf haben im Dezember 1981 bereits J. Henning vom Wissenschaftlichen Institut der Ortskrankenkassen und im Juli 1983 das kritische Berliner „arznei-telegramm“ (AT) hingewiesen.

Heute, viele Jahre später, werden die damaligen Vermutungen durch amerikanische Studien belegt. Danach konnte bei bluterkranken Kindern und Jugendlichen, die während ihres gesamten bisherigen Lebens ausschließlich mit Kryopräzipitaten behandelt wurden, in keinem einzigen Fall eine Aids-Infektion nachgewiesen werden. Anders bei Patienten, die mit Faktor VIII-Präparaten versorgt wurden.

Die Ursachen für diesen Umstand liegen darin, daß bei der industriellen Aufbereitung der Faktor VIII-Medikamente aus einem Spenderpool von bis zu 6.000 Personen geschöpft wird. Der einzelne Spender verschwindet in der Anonymität und läßt sich im Falle einer Aids-Infektion nicht mehr lokalisieren und neutralisieren. Bei Kryopräzipitaten hingegen werden lediglich 100 Spender einbezogen. Das Risiko bleibt überschaubar und lokalisierbar.

Kommt hinzu, daß gerade Faktor VIII-Präparate häufig von Spendern aus Risikogruppen in unterprivilegierten Schichten stammen. Dies traf auch auf die Präparate der BAYER-Tochter MILES zu.

Mit den heute vorliegenden Informationen läßt sich also feststellen, daß durch veränderte Behandlungsprinzipien die Aids-Epidemie unter den Blutern vermeidbar gewesen wäre. Und da bekannt ist, daß bei BAYER das „arznei-telegramm“ äußerst aufmerksam gelesen wird, muß festgestellt werden, daß der Konzern – wie auch andere Hersteller – von dieser Vermeidbarkeit wußte. Dennoch wurden die Faktor VIII-Präparate weiter vertrieben; wurden die Patienten nicht vor dem Risiko gewarnt.

§ 84 des Arzneimittelgesetzes regelt, daß Hersteller, deren Medikamente schädliche Wirkungen hat, „die über ein nach den Erkenntnissen der medizinischen Wissenschaft vertretbares Maß hinausgehen



Was haben wir mit Fidel Castro am Hut?

Nun, die AKP berichtet laufend über alle wichtigen kommunalpolitischen Fachthemen wie Abwasser, Privatisierung, Haushalt, Kultur, Gesundheit, Abfallbeseitigung, Städtepartnerschaften, Verkehr usw.. In Heft 3/88 hatten wir auch einen Schwerpunkt zur kommunalen Dritte-Welt-Politik.

Ein Nachrichten- und Magazinanteil, sowie die Rubriken Börse + Fundgrube, Kalender und Rezensionen runden die Zeitschrift ab und liefern vielfältigste Informationen und Anregungen für die eigene kommunalpolitische Praxis.

* * *

Die AKP erscheint 6-mal im Jahr à 68 Seiten. Das Einzelheft kostet 7,- DM (zzgl. 1,50 Versand), das Abo gibt es portofrei für 42,- DM.

Redaktion und Vertrieb:

AKP
Herforder Str. 92
4800 Bielefeld 1
(0521 / 177517)

Fachzeitschrift für grüne und alternative Kommunalpolitik

und ihre Ursache im Bereich der Entwicklung oder der Herstellung haben", pro Medikament bis zu 200 Mio. DM an Ersatzzahlungen (bis zu DM 500.000,— pro Patient) zu leisten haben.

Und selbst wenn BAYER sich zu solch einer umfassenden finanziellen Regelung bereit gefunden hätte, wäre den unmittelbar Betroffenen nicht mehr zu helfen. Ist doch mit Sicherheit damit zu rechnen, daß mittelfristig alle infizierten Bluter sterben werden. △



„Unverständlich! Trotz unserer vorzüglichen Präparate immer noch diese schreckliche Blutarmut, das arme Wesen!“

Dialog mit „arznei-telegramm“ verweigert

Im Rahmen ihrer Recherchen für einen Artikel über das bei BAYER noch in der Entwicklung befindliche Antidiabetikum GLUCOBAY hatte sich die Redakteurin Dr. B. Wirth des in Berlin erscheinenden kritischen „arznei-telegrammes“ direkt an den Konzern gewandt. In einer Telefax-Anfrage bat Frau Dr. Wirth um die Beantwortung der folgenden Fragen zu den von BAYER entwickelten, noch nicht zugelassenen Wirkstoffen ACARBOSE und MIGLITOL:

- „1. In welcher Phase der Entwicklung und Prüfung befinden sich ACARBOSE bzw. MIGLITOL in der Bundesrepublik Deutschland?
2. Wie ist die Wirkweise der beiden Enzymhemmer und in welchen Punkten unterscheiden sie sich voneinander?
3. Welche Halbwertszeiten besitzen sie?
4. Ist GLUCOBAY bereits in irgendeinem Land im Handel und falls ja, wo?

Bitte überlassen Sie uns auch wissenschaftliche Unterlagen zur Wirksamkeit der beiden Substanzen beim Diabetes Mellitus. ...“

Die postwendende Antwort von BAYER: „Die von Ihnen ‚erwartete‘ wissenschaftliche Diskussion pflegen wir gerne mit dem dafür zuständigen Bundesgesundheitsamt und mit interessierten Ärzten, nicht jedoch mit kommerziellen Informationsdiensten...“. Absender dieses Schreibens ist nicht, wie es vielleicht zu erwarten gewesen wäre, eine Abteilung, die sich mit Pharmazeutika befaßt, sondern die Rechtsabteilung(!) der Konzernverwaltung.

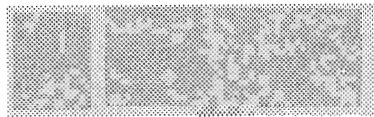
Noch ein paar abschließende Worte zur inhaltlichen Würdigung der BAYER-Antwort: Die dort vorgenommene Bezeichnung „kommerzieller Informationsdienst“ ist mehr als irreführend. Handelt es sich

doch beim „arznei-telegramm“ um eine neutrale, unabhängige und vor allem anzeigenfreie Veröffentlichung für interessierte Ärzte und Apotheker. △

Pharma-Industrie mit taktischen Tricks gegen Gesundheitsreform

Hauptkritikpunkt der sog. „Strukturreform im Gesundheitswesen“ ist für die Pharmazeutische Industrie eine Regelung, nach der für bestimmte Substanzen Höchstpreise festgelegt werden sollen. Die Festbeträge führten nach Berechnungen von Bundesarbeitsminister Blüm zu Einsparungen für die Krankenkassen in Höhe von 1,9 – 2,4 Mrd. DM. Für BAYER und die anderen „forschenden“ sechs Pharmariesen der Bundesrepublik (BOEHRINGER MANNHEIM, BOEHRINGER INGELHEIM, HOECHST, KNOLL, E. MERCK, SCHERING) hätte dies zur Konsequenz, daß sie entweder Umsatzpunkte an Generika-Hersteller abzugeben hätten, oder ihre Preise senken müßten.

Wen wundert's also, daß BAYER & Co. gegen die – vergleichsweise harmlosen – Blüm-Pläne vehement vorgehen. Doch um den Einsparungsplänen nicht nur frontal ablehnend gegenüberstehen zu müssen, was nicht gerade populär wäre, tun sich die „forschenden Pharmazeuten“ mit sog. „konstruktiven“ Vorschlägen hervor. Die neueste im Bundesverband der Pharmazeutischen Industrie (BPI) geäußerte Idee sieht folgendermaßen aus: Die Pillenbranche reduziert ihre Werbeausgaben in Höhe von ca. 5 Mrd. DM (nach BPI-Angaben) um 1 Mrd. DM. Dies wolle man dann bei der Preisgestaltung für Medikamente berücksichtigen. Den Krankenkassen, so heißt es, brächte dies dann eine Einsparung in doppelter Höhe, weil auf der Apothekerstufe – aufgrund der vorgeschriebenen Handelspreisen – die Abgabepreise doppelt so hoch seien wie die Herstellerpreise. △



Für ein Medikament Tests an zehntausend Menschen

Der BAYER-Konzern denkt global. Wird ein neues Medikament auf den Markt gebracht, dann weltweit. So auch bei dem neuen BAYER-Wunderwirkstoff CIPROFLOXACIN (Handelsname: CIPROBAY).

Um dies zu ermöglichen, wurden lt. BAYER mittlerweile mit „weit über zehntausend Krankenhaus-Patienten in 37 Ländern der Welt“ Versuche durchgeführt. Unerwähnt bleibt die Zahl der Menschenversuche in der dieser Phase der „klinischen Tests“ vorausgegangenen Entwicklungsstufe. Und noch sind längst nicht alle Versuche abgeschlossen.

Bisher haben die „klinischen Tests“ rund 172 Mio. DM gekostet. △



BUKO-Pharma-Kampagne kritisiert BAYER

Vom 2.-14. Mai fanden bundesweit Aktionswochen des „Bundeskongresses entwicklungspolitischer Aktionsgruppen“ (BUKO) unter dem Motto „Niemand will Pharma-Müll! Für eine rationale und durchschaubare Arzneimittel-Politik!“ statt. Im Rahmen dieser Aktion wurde, wie schon in der Vergangenheit praktiziert, eine Bus-Theater-Tour durch Süddeutschland inszeniert, bei der Kritisches geboten wurde.

Interessant, die Arbeitsmaterialien zur BUKO-Pharma-Kampagne: Flugblätter, Faltblätter, Plakate, Aufkleber, Unterrichtsmaterialien und Broschüren zu den Themen „Weniger Medikamente – bessere Therapie, von der Dritten Welt lernen?“, „Dritte Wahl für die Dritte Welt? SCHE-RING's Pharma-Politik“, „Macht HOECHST krank? Das Pharma-Geschäft in der Dritten Welt“, „Pharma-Multis als Entwicklungshelfer?“, „Bittere Pillen will keine(r)“, „Wie teuer ist ein Menschenleben?“, „Kein Pharma-Müll für niemand“ usw.

Das Faltblatt „Bittere Pillen will keine(r)“ beschäftigt sich auch mit den Praktiken des BAYER-Konzerns. Das in Ländern der Dritten Welt verkaufte Medikament mit Namen BAYCUTEN, das angeblich gegen Hautkrankheiten helfen soll, enthält nach Aussage des „transparenz-telegrammes“/ Berlin eine unsinnige Kombination von drei verschiedenen Wirkstoffen, die für unterschiedliche Krankheiten geeignet sind. Ein Pilzmittel, ein Mittel gegen Bakterien und zusätzlich KORTISON. Vor allem letzteres kann schwerwiegende Nebenwirkungen haben, und auch das bakterielle Mittel ist z.B. bei Pilzkrankungen unsinnig. Da Infektionen gezielt behandelt gehören, ist eine Schrotschußtherapie à la BAYCUTEN unsinnig und teuer.

Weiteres Beispiel: Die oft von der „Coordination gegen BAYER-Gefahren“ kritisierte Werbepaxis bezüglich CIPROBAY in der Dritten Welt (vergl. SWB 3/87, S. 13) Die Werbung, die das neue BAYER-Antibiotikum quasi als Mittel gegen alle Infektionen empfiehlt, ist bestenfalls irreführend. Ein Antibiotikum sollte in der Regel nur gezielt gegen nachgewiesene Erreger eingesetzt werden. CIPROBAY gilt nach dieser Regelung als – allemal teures – Reservemittel. Das BUKO-Faltblatt stellt fest: Wengleich „die Werbung nach Protesten zurückgezogen“ wurde, – „der Mißbrauch bleibt“.



Weitere Informationen und Bestellungen bei:

BUKO-Pharma-Kampagne
August-Bebel-Straße 62
4800 Bielefeld

△

Dritte Welt

Fest in deutscher Hand

80 % des BAYER Umsatzes werden im Ausland erzielt. Zwar gibt es in den ausländischen Werken einheimische Beschäftigte, doch insbesondere die Führungs- und Planungs-Etagen dieser Werke werden nahezu durchgängig mit deutschen Führungskräften, z. Zt. sind es 870, besetzt. Sie bleiben in der Regel zwischen 4 und 6 Jahre vor Ort, ehe sie in die Bundesrepublik zurückkehren.

Zu diesen länger im Ausland tätigen BAYER-Leuten kommen unzählige „Besucher“ für eine „kurzfristige Projektarbeit“ im Ausland, vornehmlich in der Dritten Welt, hinzu. Ca. 55 % der ins Ausland entsandten Deutschen sind Kaufleute, der

Rest Ingenieure, Techniker und Naturwissenschaftler.

Die Leverkusener Konzernverwaltung hat eine eigene Abteilung „Obere Führungskräfte und Koordinierung Personal Ausland“, die sich u.a. wesentlich mit der Personal-Verschickung ins Ausland befaßt. Ihr Leiter, Dr. Karl Gustav Kleb, erklärt den Sinn des Auslandseinsatzes: „Wir benötigen eine breite Palette an Qualifikationen und Berufen. Der Schwerpunkt liegt eindeutig beim Vertrieb, ein zweiter in der Produktion, weil wir sicherstellen müssen, daß der Sicherheitsstandard unserer Produktion und Produkte weltweit einheitlich ist. Darüber hinaus werden Fachleute aus dem Finanz- und Rechnungswesen, etwa als Leiter der entsprechenden Abteilung oder als Controller benötigt, wie auch Chemiker aus der Forschung und Entwicklung, beispielsweise für Untersuchungen von Phänomenen, die unter bestimmten klimatischen Bedingungen auftreten.“

Die südkoreanischen BAYER-Beschäftigten z.B. sehen das anders. Sie brandmarkten anläßlich eines Streikes im September 1987 den dirigistischen Führungsstil der Leverkusener Zentrale mit einer Parole an der Fassade des Verwaltungsgebäudes von BAYER PHARMA/SÜDKOREA: „Wir wollen keine deutschen Sklaven sein. Überflüssige Deutsche geht nach Hause!“ △

Bundesrepublik stellte er fest: „Wir sehen die Vereinigten Staaten als einen idealen Standort für die Forschung, denn hier wird sie respektiert und unterstützt.“ Er wertete die neuerliche Investition als die bedeutendste des Unternehmens in den USA überhaupt.

Wie immer bei solchen Anlässen, trat auch bei dieser Eröffnungsveranstaltung weitere Prominenz aus Politik und Wissenschaft auf. Darunter auch Prof. Dr. Joshua Lederberg, Nobelpreisträger und Präsident der Rockefeller-Universität in New York.

Z.Zt. arbeiten etwa 150 Wissenschaftler in Westhaven. Sie wollen engen Kontakt zu ihren Kollegen in Wuppertal-Elberfeld halten. Klaus H. Risse, Präsident von MILES: „Wir werden hier neben eigenen Forschungsaktivitäten auch erweiterte Untersuchungen und klinische Forschung für in Deutschland entwickelte Substanzen durchführen. ...Diese enge Zusammenarbeit wird uns helfen, unserem Fernziel näherzukommen, MILES zu einem der führenden amerikanischen Produzenten für ethische Produkte zu machen. Gleichzeitig hoffen wir, neue Produkte für das weltweite BAYER-Geschäft anbieten zu können.“

Die große offenkundig gen-technologische Bedeutung des neuen Forschungszentrums fehlte allerdings in den BAYER-Bewertungen völlig. △



Standorte

Neues Pharma-Forschungszentrum in Westhaven/USA

Der Standort ist ideal: Auch nach BAYER-eigenen Angaben war die unmittelbare Nähe zum medizinischen Bereich von MILES PHARMACEUTICALS und zur berühmten Yale-Universität, mit der BAYER „schon seit vielen Jahren eng zusammenarbeitet“, für die Wahl des Standortes entscheidend. Und so wurde am 19. April 1988 der erste Laborkomplex mit drei Einheiten des neuen Pharma-Forschungszentrums des Konzerns in Westhaven im US-Staat Connecticut eröffnet.

Das 40 Mio. US-\$ teure (ca. 68 Mio. DM) Gebäude stellt nur die erste Baustufe dar. Insgesamt werden für das neue Pharmazentrum ca. 125 Mio. US-\$ (ca. 212 Mio. DM) veranschlagt. Der neue Laborkomplex

wird aus drei Einheiten bestehen: Aus dem Bereich „Molecular Diagnostics“, in dem Diagnosesysteme auf der Basis von „monoklonalen Antikörpern“ erarbeitet werden sollen; aus dem Bereich „Molecular Therapeutics“, der sich mit gen-technologisch herzustellenden Produkten und der Erforschung diverser schwerer Krankheiten, wie Aids und Morbus Alzheimer befaßt; und schließlich aus dem „Institut für Autoimmunerkrankungen“, bei dem es vorwiegend um Rheumatherapien geht.

Bei der Eröffnung des ersten Teilkomplexes konnte Horst Wallrabe, der Präsident der Pharmazeutischen Abteilung der Tochterfirma MILES INC., u.a. den Gouverneur des Staates Connecticut, William O'Niell, begrüßen. Dieser sieht in dem neuen BAYER-Laborkomplex ein „sichtbares Zeichen für die guten geschäftlichen Beziehungen zu internationalen Unternehmen“.

Diesem Urteil konnte sich auch der eigene aus der Bundesrepublik angereiste Vorstandsvorsitzende des Konzerns, H.J. Strenger, anschließen. Mit deutlichem Blick auf die in den Augen des Konzerns all zu zögerliche Genehmigungspolitik in der

Gentechnischer Faktor VIII-Produktion in USA

Von „mangelnder Akzeptanz“ und „fehlenden gesetzlichen Rahmenbedingungen“ war die Rede als der BAYER-Konzern seine Entscheidung bekanntgab: Die Produktion eines auf gentechnischer Basis entwickelten Anti-Blutermittels – Faktor VIII – soll in das kalifornische Berkeley/USA und nicht in das BAYER-Werk Wuppertal gehen. „Die überschaubaren Verhältnisse in den USA haben den Ausschlag gegeben“, betonte das BAYER-Vorstandsmitglied Karl-Heinz Büchel.

Der ganze Vorgang mutet erpresserisch an. Der BAYER-Konzern hat auf dem Gebiet der Gentechnik Großes vor. Seit längerem bereits wird kritisiert, daß die „öffentliche Meinung“ und auch „das Zögern der Regierung“ „hinderlich“ seien. Jetzt wird mit der Ankündigung einer Produktionsverlagerung für die jedermann sichtbare Drohung in den Raum gestellt: Arbeitsplatzverluste. Öffentliche Kritik soll eingeschüchtert, die Regierung zum Handeln gezwungen werden. BAYER kämpft wie immer mit harten Bandagen, um seine Ziele zu erreichen. △

Neue Verbrennungsanlage in Erprobung

Die Verbrennungsanlage in Leverkusen/Bürrig soll für 105 Mio. DM wieder auf Trab gebracht werden. Mittlerweile wurde die Anlage „1“, die über 20 Jahre im Einsatz war, abgerissen. Sie soll bis zum Spätsommer nächsten Jahres neu erstehen. Anlage „2“ wurde zu einer „kombinierten Klärschlamm- und Abwasserkonzentrat-Verbrennungsanlage“ umgerüstet. Sie läuft seit April 88 auf Probe. △

Neues Verwaltungsgebäude in Schweden

Die BAYER SVERIGE AB hat in Göteborg ein neues Verwaltungsgebäude errichtet. Der Vorstandsvorsitzende, Hermann Josef Strenger, hielt die Jubelrede vor mehr als 300 „Geschäftsfreunden“. Weiterer Gast aus Deutschland: Dr. Dieter Schaub, Mitglied im Aufsichtsrat der BAYER SVERIGE AB.

Zusammen mit dem Geschäftsführer, Lennert Åberg, hielt Strenger vor ca. 20 schwedischen Journalisten eine Pressekonferenz ab. Dabei lobte er die Profitentwicklung in Schweden und in anderen nordischen Ländern: „Wir sind in Dänemark, Finnland, Norwegen und Schweden mit insgesamt 10 Beteiligungsgesellschaften vertreten, die zusammen mehr als 1.200 Mitarbeiter beschäftigen. In den vier nordischen Ländern erzielten wir 1986 einen Gesamtumsatz von über 1,2 Mrd. DM. Auch rechnen wir insgesamt mit einer weiterhin positiven Entwicklung.“

Der BAYER SVERIGE AB gehören die Tochtergesellschaften AGFA GEVAERT AB in Stockholm sowie die GULLVIKS FABRIKS AB in Malmö an. BAYER vertreibt in Schweden über 6.000 Produkte. △

Zahnproduktion in China

Die chinesische BAYER-Tochter BAYER SHANGHAI DENTAL LTD. hat zusammen mit der dort ansässigen Firma SHANGHAI DENTAL MATERIALS FACTORY ein Gemeinschaftsunternehmen gegründet, das über ein Kapital von 4 Mio. DM verfügt. BAYER ist daran mit 55 % beteiligt (wir berichteten).

Dieses Unternehmen hat nun planmäßig zum 30. März 1988 mit der Produktion künstlicher Zähne begonnen. Jährlich sollen ca. 15 Mio. Stück Zahnersatz hergestellt werden, von denen 25 % für den Export vorgesehen sind.

Zu einem späteren, noch nicht genannten Zeitpunkt, soll die Herstellungspalette auf weitere zahnärztliche Produkte erweitert werden. △

Imperium

Erneute Veränderung des Vorstandes

Dr. Hermann Wunderlich, seit 1987 im BAYER-Vorstand, ist zum stellvertretenden Vorsitzenden bestellt worden. Er löst Dr. Gerhard Fritz ab, der am 30. Juni aus dem Vorstand ausscheiden wird. Dr. F. Wilhelm Christians, Vorstandsmitglied der DEUTSCHEN BANK, wird ebenfalls im Juni seinen Posten bei BAYER niederlegen. Damit allerdings die Verbindungen zwischen Chemie-Konzern und Geldinstitut weiterhin intensiv bestehen bleiben, ist schon jetzt Hilmar Kopper, Vorstandsmitglied der DEUTSCHEN BANK, als Nachfolger im Gespräch.

Neu in den BAYER-Vorstand berufen wurde Prof. Dr. Klaus Kleine-Weischede, der seit 1981 das Brunsbütteler Werk leitet. △

BAYER-Tochter GEFACHEM

Die 100 %ige Leverkusener BAYER-Tochter „Gesellschaft für Farben und Chemikalien-Handel mbH.“ heißt seit Anfang 1988 GEFACHEM.

Aufgabe der GEFACHEM ist nach BAYER-eigenen Angaben die „Förderung des Exportes der BAYER AG und der BAYER-Beteiligungsgesellschaften in devisenschwachen Ländern durch Countertrade-Transaktionen (Gegengeschäfte) sowie Abwicklung anderer Sondergeschäfte“. △

75 Jahre CHEMISCHE FABRIK STOCKHAUSEN

Bundesumweltminister Klaus Töpfer hielt die Laudatio als die BAYER-Tochter CHEMISCHE FABRIK STOCKHAUSEN in Krefeld im April 1988 ihr 75jähriges Jubiläum feierte.

Die Firma ist in den Bereichen Textil- und Lederveredelung, Hygiene und Arzneimittel tätig. Sie liefert auch Flockungsmittel zur Abwasserreinigung. Im Krefelder Stammwerk sind rund 1.000 Beschäftigte tätig, weitere 200 in Tochtergesellschaften in anderen EG-Staaten sowie in den USA und in Hongkong. Der Umsatz liegt bei rund 429 Mio. DM.

Das Unternehmen gehört offiziell zu zwei Dritteln der Familie Stockhausen, zu einem Drittel dem BAYER-Konzern. △

Strenger VCI-Vize

Der Vorstandsvorsitzende, Hermann Josef Strenger, wurde am 1. Januar 1988 auf der Mitgliederversammlung des Verbandes der Chemischen Industrie (VCI) zum Vizepräsidenten dieser Organisation gewählt. Damit dürfte sich der ohnehin große Einfluß des BAYER-Konzerns im VCI noch weiter vergrößern. △



Ökonomie

Das Jahr erneut mit Riesengewinnen begonnen

Das Jubeljahr 1988 begann für BAYER ökonomisch gut. „Wir fühlen uns in ausgezeichneter Verfassung und sind zuversichtlich ...eine gute Schlußbilanz ziehen zu können“, teilte der Vorstandsvorsitzende Hermann Josef Strenger auf einer Pressekonferenz, die eine Bilanz des ersten Quartals zog, in Leverkusen mit.

Der Konzerngewinn vor Steuern erhöhte sich im ersten Quartal 1988 gegenüber der vergleichbaren Vorjahreszeit um satte 11,2 % auf 795 Mio. DM. Der Gewinn bei der AG stieg um 9,8 % auf 450 Mio. DM an. Der offiziell ausgewiesene Gewinn nach Steuern erreichte gar den astronomischen Zuwachs von 14 % und beträgt 1,5 Mrd. DM beim Konzern. Bei der BAYER AG erhöhte er sich immerhin noch um 7 % und beträgt 895 Mio. DM.

Der Konzern-Umsatz erhöhte sich um 5,7 % auf 9,94 Mrd. DM. Der Umsatz bei der AG kletterte um 7,9 % auf 4,8 Mrd. DM.

Aufgrund von Produktionsengpässen will BAYER im laufenden Jahr seine Investitionskosten auf 2,8 Mrd. DM im Vergleich zu 2,6 Mrd. DM 1987 erhöhen. Es ist damit zu rechnen, daß der Anteil der Investitionskosten, der für Rationalisierungen ausgegeben werden soll, auch in diesem Jahr nicht unter dem des Vorjahres liegen wird: 1987 betrug er 11 %.

Wie Strenger auf der Pressekonferenz erläuterte, entwickelten sich die Bereiche ORGANIKA, FARBEN, ANORGANIKA, POLYURETHANE, LACKROHSTOFFE und GESUNDHEIT zur vollsten Zufriedenheit. Sorgen bereiteten dagegen die Sektoren LANDWIRTSCHAFT, FASERN und PHARMA/Inland.

Alles in allem, so jubelte er, sei das Ergebnis jedoch so gut, daß man von einem „Blitzstart“ sprechen könne. Trotz des niedrigen US-Dollars seien zum erstenmal seit zwei Jahren wieder kräftige Umsatzsteigerungen erzielt worden. Auf das ganze Jahr hin gesehen rechne er mit einem Plus von 3-4 %!

Die Forschungsaufwendungen werden im laufenden Jahr sicher nicht hinter denen von 1987 (2,3 Mrd. DM) zurückbleiben. Strenger setzte Schwerpunkte: Man werde sich vermehrt in den USA und in Japan engagieren. „Das ist keine Flucht aus der Bundesrepublik, sondern eine konsequente Fortführung unserer Internationalisierungspolitik.“ Z.Zt. liegt die Forschung mit 60 % in der Bundesrepublik, mit 25 % in den USA und mit 15 % in Japan. Strenger sieht bereits heute voraus, daß der deutsche Anteil auf etwa 50 % fallen wird.

BAYER wird seine Beteiligung an der amerikanischen Firma COMPUGRAPHIC von z.Zt. rund 84 auf 100 % aufstocken. Dazu seien 38 Mio. US-\$ erforderlich. Strenger schloß auch weitere Aquisitionen nicht aus. Derzeit würden einige Projekte in den USA geprüft.

Alles in allem eine für BAYER positive ökonomische Bilanz! Mit einem Wermutstropfen: Zum wiederholten Male äußerte

Strenger sein Bedauern darüber, daß die Börse die hervorragende Lage seiner Firma nicht angemessen honoriere. Der Börsenwert von BAYER läge lediglich bei 16 Mrd. DM (rd. 60 Mio. Aktien mit einem Nennwert von DM 50,—(Aktie). △

USA-Bilanz 1987

Der Vorstandsvorsitzende, Hermann Josef Strenger, äußerte die Ansicht, daß die Vereinigten Staaten von Amerika heute der wichtigste Einzelmarkt für den Konzern außerhalb der Bundesrepublik seien. Nordamerika steuere 18 % zum Konzernumsatz von 37,1 Mrd. DM bei. Immerhin 15 % der Investitionen würden mittlerweile in den USA vorgenommen. Der Präsident der BAYER USA INC., Konrad Weis, meinte, es ginge bei Akquisitionen allerdings nicht ausschließlich um Wachstum, sondern vielmehr darum, neue Technologien zur Ergänzung bestehender BAYER-Technologien zu finden und Vertriebsaktivitäten hinzuzukaufen, die neue Geschäftsmöglichkeiten eröffnen.

Die ca. 24.100 Mitarbeiter der neun US-Konzern-Töchter sorgten in 1987 für einen Umsatz von 4,2 Mrd. Dollar (+ 11 %) und einen Gewinn nach Steuern von 123 Mio. Dollar (+ 15 %).

Die 9 Gesellschaften der Management-Holding BAYER USA INC. in Pittsburgh sind MILES (1,5 Mrd. \$ Umsatz), MOBAY CORP. (1,8 Mrd. \$ Umsatz), AGFA GEVAERT INC. (467 Mio. \$ Umsatz), COMPUGRAPHIC CORP. (367 Mio. \$ Umsatz) sowie HAARMANN & REIMER CORP., DEERFIELD URETHANE INC., WYROUGH & LOSER INC., NRC INC. und HERMANN C. STARCK INC. (Umsatz der 5 zuletzt Genannten: 151 Mio. \$, 7 Mio. \$ Gewinn ach Steuern).△

O-Ton BAYER

Gegen Vorruhestandsregelung und Frauenrechte

BAYER stellt fest: „Der deutsche Lebensbaum krankt“. Dr. G.R. Wiedemeyer vom Zentralbereich Personalwesen:

„Seit 1972 liegt in Deutschland die Geburtenrate kontinuierlich unter jener der schlimmsten Kriegsjahre 1917/18 und 1945. Nahezu 40 % weniger Kinder werden geboren, als es dem Bestandserhalt entspricht... Bis zum Jahr 2030 wird die deutsche Bevölkerung um ein Viertel gegenüber dem heutigen Stand geschrumpft sein...“

Ein Beispiel, das BAYER unmittelbar betrifft: Das Thema Vorruhestand...BAYER (hat) mit ganz erheblichem finanziellem Aufwand die Basis dafür geschaffen, daß seit 1982 rd. 7.000 Mitarbeiter von dem betrieblichen Angebot Gebrauch gemacht haben, vorzeitig in Ruhestand zu gehen. Das heißt mehr als 12 % der gesamten Belegschaft sind durch künstlich erzeugte Fluktuation ...ausgeschieden, um Jünge-

ren ...Platz zu machen. ...Künftig wieder länger bis zum 'normalen' Rentenalter zu arbeiten – das ist die gebotene Konsequenz. ...Die einzig richtige Richtung ist durch die langfristige Betrachtung bestimmt. Wenn der Gesetzgeber uns nicht zu etwas anderem zwingt, werden wir mit dem Vorruhestand aufhören.

Es wird – in Fortsetzung des schon gegebenen Trends – erforderlich sein, künftig verstärkt auf Frauen zurückzugreifen – soweit möglich, auch in der Produktion. Das erfordert Abschaffung des gesetzlichen Nachtarbeitsverbots für gewerbliche Mitarbeiterinnen – Abschaffung eines Gesetzes, das unter Einschränkung die Chancengleichheit für Frauen im Beruf mit verhindert hat. Wir erheben soeben eine Musterklage, und das politische Umfeld für eine Gesetzesänderung erscheint nicht ungünstig... Wichtig kann in diesem Zusammenhang der 1987 abgeschlossene Tarifvertrag über Teilzeit werden. Erfahrungsgemäß – so auch bei BAYER – ist Teilzeit vor allem für Frauen interessant, die wegen der Familie an flexiblen Arbeitszeitmustern Interesse haben. ...Sie sollte (aber) auch keine nahezu ausschließliche Domäne für Frauen bleiben und auch nicht auf die bisherigen Anwendungsbereiche beschränkt. Wir arbeiten derzeit an Teilzeitmodellen...“ △

Politik

Diktat der Pharma-Konzerne

Das Bundesvorstandsmitglied der GRÜNEN, Irmela Wiemann, bezeichnete die sog. Gesundheitsreform als „kriminelle Sparpolitik“. Während die Bonner Koalitionsparteien sich dem Diktat der Pharma-Konzerne gebeugt hätten, würden die Patienten unzumutbar belastet.

Die gleiche Auffassung vertrat der Vorsitzende des „Reichsbundes der Kriegsoffer, Behinderten, Sozialrentner und Hinterbliebenen“, Hermann Meyer. Er sprach angesichts der Bonner Pläne zur Strukturreform von einer „Kapitulation vor der Pharma-Industrie“. △

Gentechnische Abwanderung nach USA im NRW-Landtag

Die Art der öffentlich-medienwirksam verbreiteten Entscheidung von BAYER, die gentechnische Produktion des Blutgerinnungsfaktors VIII nicht in Wuppertal-Elberfeld, sondern in Berkley/Kalifornien zu betreiben, ließ Kritiker von Anfang an an Drohung und Erpressung denken. Das von BAYER behauptete Arbeitsplatz-Argument soll, so scheint es, ändern, was beklagt wird: Den Mangel an gesellschaftlicher Akzeptanz bezüglich der Gen-Technologie.

Zu Reaktionen auf die Bekanntgabe der BAYER-Entscheidung kam es am 4. Mai im Düsseldorfer Landtag. In einer von der FDP-Fraktion beantragten Aktuellen

Zum Weiterlesen.

Alle in „Stichwort: BAYER“ vorgestellten Bücher sowie viele interessante weitere Titel zu den Themen Multis, BAYER, Dritte Welt, Umweltschutz, Chemieproduktion etc. können beim Versand **Chemie. Mensch. Umwelt** (CMU-Versand) bezogen werden.

Buchliste:

Chemie am Arbeitsplatz/ Berufskrankheiten	DM 16,80
Alternativer Geschäftsbericht zum BAYER-Konzern	DM 5,—
Rheinalarm	DM 14,80
Boom ohne Arbeitsplätze	DM 19,80
Giftgrün/Pestizid-Gefahren	DM 24,80
Weniger Medikamente – Bessere Therapie	DM 14,—
Gift, Macht, Geld/Zur Entgiftung der chem. Industrie	DM 19,80
... und heute die ganze Welt/ Geschichte der IG Farben	DM 39,80
Bundesdeutsche Konzerne in der 3. Welt	DM 14,80
OMGUS-Report IG Farben/ Protokoll der US-Militär-Justiz	DM 30,—
Chemie im Kinderzimmer	DM 26,—
Das Tierbuch/Tierversuche in Wort und Bild	DM 25,—
Pestizide und Umweltschutz	DM 148,—
Hohe Schornsteine am Amazonas/Umweltplünderung in Brasilien	DM 26,—
Der Tod, der von den Feldern kam	DM 12,80
IG Farben, Abt. Behringwerke/ Menschenversuche im KZ	DM 8,—
Alles wie geplant/ BAYER in Brunsbüttel I	DM 9,80
Anders als geplant/ BAYER in Brunsbüttel II	DM 9,80
Porto/Verpackung	DM 5,—
Summe	

Wir liefern ausschließlich gegen Scheck oder Nachnahme.

Coupon ausfüllen, unterschreiben, Scheck beilegen oder Nachnahme bestellen und absenden an:

CMU-Versand
Germute v. Müller
Hofstraße 27a
5650 Solingen 11

- Scheck über DM _____ (incl. DM 5,— Porto/Verpackung) liegt bei.

- Bitte liefern Sie per Nachnahme.

Absender

Datum/Unterschrift

Stunde meinte der Abgeordnete Ruppert, der „kleine Schritt“ von BAYER könne in Zukunft einen „großen Rückschritt“ für den Chemie-Standort NRW bedeuten. Zu denken gäbe ihm die Begründung für die Produktionsaufnahme in Kalifornien. „Die überschaubaren Verhältnisse in den USA“ hätten den Ausschlag für die Standortentscheidung gegeben. Ruppert sprach aus, worauf man bei BAYER spekuliert haben mag. Wenn auf Dauer die Gen-Forschung in der Bundesrepublik behindert werde, werde dies zu einem „Verlust des Innovationspotentials“ bei der Chemischen Industrie führen.

Wirtschaftsminister Jochimsen/SPD konterte, die Vorwürfe von Ruppert seien nicht an den Düsseldorfer Landtag, sondern an Bonn zu richten. Die Bundesregierung habe es versäumt, klare gesetzliche Grundlagen für die gen-technische Produktion zu schaffen. Die Aussage Jochimsens dürfte bei BAYER gut ankommen. Der Vorwurf des Regelungs-Defizites an Bonn impliziert doch die unausgesprochene Bejahung eines Handlungsbedarfes für eine vorstellbare gen-technische Produktion in Nordrhein-Westfalen.

Der SPD-Fraktionschef Grätz äußerte sich kritisch zur Gen-Technologie und betonte deren Risiken. Er warf der FDP einen falschen Fortschrittsbegriff vor, die „Würde und Wohlfahrt des Menschen“ gegen „chemische Prozesse am Menschen“ vernachlässige. Grätz halte es nicht für fatal, sondern eher für erwünscht, wenn gefährliche Techniken nicht im dichtbesiedelten Nordrhein-Westfalen, sondern in kalifornischen Wüsten praktiziert würden. △

Ehrenzeichen Österreichs für Dr. Unger

Dem Geschäftsführer der BAYER AUSTRIA und CHEMIA-FOTO, Kommerzialrat Dipl.-Ing. Dr. Wolfgang Unger, wurde das große silberne Ehrenzeichen vom österreichischen Bundespräsidenten verliehen. Für Verdienste um die Republik. △

Regierungspräsidenten einheitlich gegen Rheinverschmutzer

Der Kölner Regierungspräsident Antwerpes, Genehmigungsinstanz für BAYER-Einleiterbescheide, mußte sich in der Vergangenheit häufig Beschwerden der Industrie dahingehend anhören, daß Betriebe im Kölner Bezirk, also in seinem Zuständigkeitsbereich, schärfer angefaßt würden als in anderen Bundesländern. Daß dabei auch ein BAYER-Sprecher vorstellig wurde, ist gut vorstellbar. Hat doch die genannte Behörde den BAYER-Konzern mehr als einmal wegen Rheinverschmutzung öffentlich kritisiert.

Der Kölner Regierungspräsident nahm nun das Klagen der Industrie beim Wort und verabedete mit seinen sechs für die Großchemie am Rhein zuständigen Kollegen eine Zusammenarbeit. Die sieben Genehmigungs- und Vollzugsbehörden für Abwassereinleitungen wollen der Chemischen Industrie künftig einheitlich gegenüber treten. Sie haben untereinander abge-

sprochen, wie sie gegenüber der Industrie effektiv und für den Umweltschutz produktiv vorgehen könnten. Mit der nun begonnenen Kooperation vollzogen die Behörden das nach, was die Firmen seit Jahren vorexerzierten, meinte der Kölner Regierungspräsident. △

Produktions-Sicherheit

Eigenüberwachung der Anlagen

BAYER nimmt sich ein „historisches Recht“ heraus: Die Eigenüberwachung der Produktionsanlagen. Diese Selbstüberwachungsinstanz gibt es bei BAYER nach eigenen Angaben bereits seit nahezu 100 Jahren. Sie trug bis vor kurzem den entlar-

venden Namen „Zentrale Eigenüberwachung“.

Um „der politischen Diskussion über Umweltschutz und Sicherheit in der Chemie“ Rechnung zu tragen, „um deutlicher zu machen, daß diese technische Überwachungsorganisation die gesetzlich vorgeschriebenen technischen Überprüfungen im Unternehmen wie eine externe Überwachungsorganisation... wahrnimmt“, wurde die Abteilung „Zentrale Eigenüberwachung“ in „Technische Überwachung“ umbenannt. Der neue Name soll vor allem „die Unabhängigkeit dieser unter behördlicher Aufsicht arbeitenden Institution“ suggerieren. Dazu ist auch die Ähnlichkeit mit dem „Technischen Überwachungsverein“ (TÜV) dienlich.

Die „Technische Überwachung“ ist für die Anlagen von BAYER, AGFA, ERDÖL-CHEMIE und KRONOS-TITAN zusammengefaßt.

Die „Technische Überwachung“ ist in den Bereich „Anlagensicherheit und technische Überwachung“ des Zentralbereichs Ingenieurwesen eingegliedert. △

Gesellschaft

Mehr als 4 Mio. DM für BAYER-Straße in Köln

Im Rahmen der geplanten neuen Produktion in Köln-Flittard werden BAYER wieder Millionen in den Rachen geworfen. Für eine rund 9 Mio. DM teure Anbindung der neuen BAYER-Parkplätze an die B 8 erhält der Konzern Zuschüsse vom Bund in Höhe von DM 2,5 Mio. DM, vom Land in Höhe von 1,1 Mio. DM und von Köln in Höhe von 0,65 Mio. DM.

So wünscht sich jeder Bauherr seine Rechnung. Und wir zahlen's über unsere Steuern. △

Entschädigung Aids-Infizierter: Mit kurzer Lebensdauer spekuliert

Die durch Gerinnungspräparate verschiedener Herstellerfirmen, u.a. durch die amerikanischen BAYER-Töchter CUTTER/MILES geschädigten Hämophilen (Bluter) sollen nun notdürftig abgefunden werden. Im April kam es zu einer Einigung zwischen der in Hamburg ansässigen „Deutschen Hämophilen-Gesellschaft“ und der Pharmazeutischen Industrie, die vorsieht, daß die Versicherungsgesellschaft der Pharmaunternehmen, der Haftpflichtverband der Deutschen Industrie in Hannover, Entschädigungen zwischen 40.000,— und 250.000,— DM zahlt. Auch infizierte Ehefrauen und Kinder von Blutern sollen in die „Entschädigungsregelung“ mit einbezogen werden. Im Gegenzug verzichten die

Hämophilen-Verbände auf die Forderung nach Schmerzensgeld gemäß § 847 BGB. Hiermit kommen die Betroffenen der Forderung der Pharma-Industrie nach, die sich mit Händen und Füßen dagegen verwahrte, daß „schuldhaftes Handeln“ vorausgesetzt werden könne.

Der genannten Regelung, die individuelle Zahlungen-Abwicklungen zwischen Versicherern und Betroffenen beinhaltet, ging eine lange Geschichte voraus. Der Rechtsanwalt der Hämophilen-Verbände Schulte-Hillen kritisierte anfänglich noch das Ansinnen der Pharma-Industrie, die Schadensersatzansprüche der erkrankten Bluter nur nach dem Arzneimittelgesetz zu regeln. Doch bereits in einer internen Sitzung am 15. Mai 1987 in Frankfurt/Main betonten — einer Aktennotiz des Bundesverbandes der Pharmazeutischen Industrie (BPI) zufolge — Vertreter der Pharmazeutischen Industrie gegenüber Schulte-Hillen, daß alle Beteiligten „gut fahren“ könnten, „wenn eine einvernehmliche Regelung getroffen würde“. Dies beinhaltet nach Ansicht der Pharmazeutischen Industrie, daß die Geschädigten auf ihre Ansprüche, die sich auf ein „Verschulden der Hersteller“ stützen, und auf die „Einschaltung der Staatsanwaltschaften“ verzichten.

Die Formulierungen in der erwähnten Aktennotiz sind bisweilen zynisch. Da wird beispielsweise von der „Entwicklung und Praktizierung eines Regulierungskonzeptes unter Einbeziehung schmerzensgeldähnlicher Zahlungen auch an „nur“ Infizierte“ gesprochen. Dieser Wortlaut verkennt völlig die ausweglose Situation dieser Menschen. Rechnen doch Wissenschaftler damit, daß alle HIV-Positiven letztendlich am Vollbild von Aids erkranken und damit sterben werden.

Eine weitere Formulierung der erwähnten Aktennotiz verrät das Kalkül mit der Zeit. Dort heißt es: „Für die Hinterbliebenen bereits Verstorbener muß eine Entschädigungsregelung gefunden werden.“ Rechtsanwalt Schulte-Hillen bezeichnete denn auch die Vorverhandlungen zwi-

schen den Hämophilen-Verbänden und der Pharmazeutischen Industrie als „Poker mit dem Leben Geschädigter“.

Überhaupt läßt sich die dürtige Regelung, die es kaum wert ist, von sich behaupten zu dürfen, daß sie Schadenersatzansprüche regeln wolle, nur durch den Druck der Zeit erklären. Wie durch Langzeitstudien zu belegen ist, haben HIV-Positive nur eine sehr begrenzte Lebensdauer. Ihre Wahrscheinlichkeit, an Aids zu versterben, geht gegen 100 %. Gerichtliche Auseinandersetzungen hingegen ziehen sich mitunter über mehrere Jahre hin. Diese aber wären notwendig geworden, wenn sich die Hämophilen nicht auf die Regelung von Pharma-Konzernen und Versicherungsgesellschaften eingelassen hätten.

ten. Die Geschädigten hätten versuchen müssen, nachzuweisen, was die Hersteller mit Vehemenz von sich weisen, nämlich, daß ein schuldhaftes Handeln vorliegt. Für diesen Nachweis, so er überhaupt zu führen wäre, wäre wohl nicht mehr genügend Zeit geblieben. Bereits heute sind viele der Betroffenen verstorben.

So wundert es nicht, daß sich die Hämophilen-Verbände auf die Vorgabe von Herstellern und Versicherern eingelassen haben. Den Pharma-Unternehmen dürften die zu zahlenden Summen kaum Schmerzen bereiten. Für sie ist entscheidend, daß sie sich ein für allemal die Gewißheit erkaufte haben, daß Betroffene nicht vor den Kadi ziehen. △



Kulisse aus Hochglanzpapier

BAYER ist einer der größten Konzerne der Welt. Mit der chemischen Produktion bei BAYER und den unzähligen BAYER-Produkten verbinden sich große Probleme für Mensch und Umwelt. Wie bei anderen multinationalen Konzernen auch. In der Regel wird nur das Wenigste von diesen Problemen bekannt.

„Stichwort: BAYER“ schafft hier Abhilfe. Dieser Informationdienst der Coordination gegen BAYER-Gefahren erscheint mit 6 Ausgaben im Jahr, klärt auf und enthüllt, was hinter den Hochglanzberichten der Konzernpropaganda steckt.

„Stichwort: BAYER“ ist ein Informationsdienst für Journalisten, Dritte-Welt-Gruppen, Bürgerinitiativen, Gewerkschafter, Parteien, Umweltschutzorganisationen, Verbraucherschutzverbände, Tierschützer, kritische Ärzte und andere Interessierte.

Die kostengünstigste Möglichkeit, an „Stichwort: BAYER“ zu kommen, erfordert lediglich DM 30,- pro Jahr.

Widerrufsbelehrung

Mir ist bekannt, daß ich dieses Abo innerhalb einer Woche ohne Angabe von Gründen widerrufen kann. Zur Wahrung der Frist genügt der Poststempel.

Coupon ausfüllen und einsenden an: Coordination gegen BAYER-Gefahren, Jägerstr. 78, 4000 Düsseldorf 1. Bitte Absender angeben.

- Ich/Wir möchte/n „Stichwort: BAYER“ abonnieren
- Journalistenabo incl. Pressematerial DM 70,-
- Förderabo SelbstEinstufung mind. DM 70,- DM ____
- Gruppenabo (5 Exemplare/Ausgabe) DM 70,-
- Einzelabo DM 30,-

Datum _____ Unterschrift _____

Widerrufsbelehrung

Mir ist bekannt, daß ich dieses Abo innerhalb einer Woche ohne Angabe von Gründen widerrufen kann. Zur Wahrung der Frist genügt der Poststempel.

Datum _____ Unterschrift _____

Verdienstorden für R. Gaß

Der Vorsitzende des Amateur-Vereins „Foto-Film-Club BAYER e.V.“/Leverkusen erhielt für seine Tätigkeit das Bundesverdienstkreuz am Bande. Der Leverkusener Oberbürgermeister, Horst Henning, überreichte es im Auftrag des Bundespräsidenten. Der der Werbung für AGFA-Produkte zuträgliche Foto-Film-Club genießt nach BAYER-eigenen Angaben „national und international eine herausragende Stellung“. △

Spende an Aids-Stiftung

Kritischen Äußerungen am Forschungsgebaren der Pharma-Industrie, am Umgang mit der Gentechnologie, an Vermarktungs-Strategien usw. hält der BAYER-Konzern stets eine vermeintlich positive Intention seiner Medikamenten-Forschung entgegen.

Wohl um noch glaubwürdiger zu erscheinen, spendete der Leverkusener Chemieriese der Ende 1987 durch Initiative der Bundesgesundheitsministerin Rita Süßmuth gegründeten „Nationalen Aids-Stiftung“ 100.000,- DM. △

im Endspiel über Bremen und kam damit in den UEFA-Cup.

Wie groß der Werbeeffect für den Konzern sei, meinte der Vereinsmanager Michael Maier, ließe sich in Geld gar nicht ausdrücken: „Die Endspiele werden von der Eurovision in ganz Europa im Fernsehen übertragen. Zwischen 3-5 Minuten wird einer unserer Spieler mit dem BAYER-Kreuz in Großaufnahme zu sehen sein. Nach diesen Endspielen wird in Europa jeder wissen, wo Leverkusen liegt.“ △



Professor Polke Vorsitzender bei NAMUR

Der Leiter des Ressorts Prozeßleittechnik im Zentralbereich Ingenieurwesen der BAYER AG, Professor Dr. Martin Polke, wurde zum Vorstandsvorsitzenden der Normenarbeitsgemeinschaft für Meß- und Regeltechnik in der Chemischen Industrie (NAMUR) gewählt. Darüber hinaus wurde er Mitglied des neuen Höchstleistungs-Rechenzentrums (HLRZ)/Jülich. Dieses Zentrum wird von der Stiftung Deutsches Elektronen-Synchrotron (DESY), der Gesellschaft für Mathematik und Datenverarbeitung mbH (GMD) und der Kernforschungsanlage Jülich GmbH getragen. △

Dr. Berschauer außerplanmäßiger Professor

Der Leiter des Instituts für Tierernährung im Geschäftsbereich Veterinär bei BAYER/Monheim, Dr. Friedrich Berschauer, wurde vom Minister für Wissenschaft und Kunst des Landes Baden-Württemberg zum außerplanmäßigen Professor ernannt. Dr. Berschauer beschäftigt sich vor allem mit der Manipulation des Wachstums von landwirtschaftlichen Nutztieren. △

Sport

UEFA: Kostenlose Fernsehreklame europaweit

Laut „Welt“ sollen dem ehemaligen BAYER-Vorstandsmitglied Günter W. Becker die Tränen in den Augen gestanden haben. Dieser war seinerzeit bei BAYER verantwortlich für die Gelder, die in den Sport flossen.

Am 20. April 1988 trat ein, was bei BAYER von langer Hand geplant war: Der Fußballclub BAYER 04 Leverkusen siegte

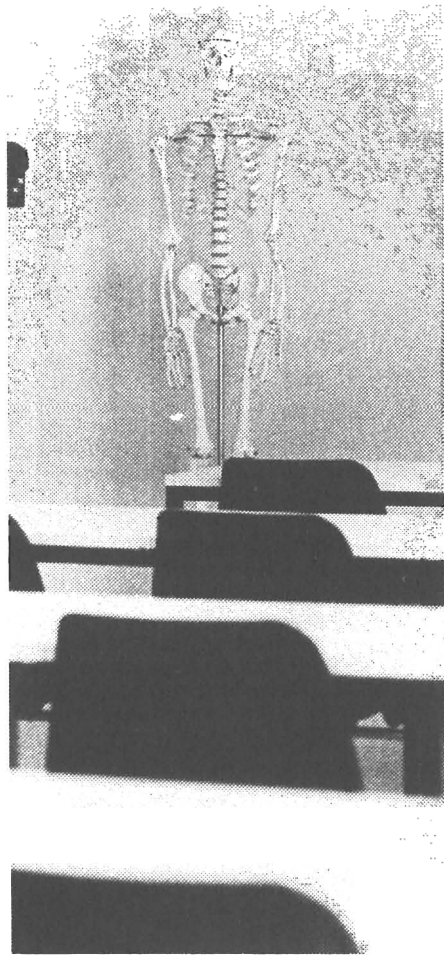


Foto: Dietmar Gust

Dr. Haberkorn Honorarprofessor in Bonn

Dem Leiter des Labors für Protozoologie im Geschäftsbereich Veterinär wurde von der Ministerin für Wissenschaft und Forschung des Landes Nordrhein-Westfalen die Honorarprofessur an der Universität in Bonn verliehen. △

Ehrensator Professor Grünewald

Der BAYER-Konzern hat sich aus nicht uneigennütigen Gründen stets um den Ausbau der Kontakte zu Universitäten bemüht. Bedeutenden Anteil daran hat der ehemalige Vorstandsvorsitzende und jetzige Aufsichtsratsvorsitzende Prof. Dr. Herbert Grünewald. Ihm hat die Universität Bonn auf einer Senatssitzung im März 1988 den Ehrensator-Titel verliehen. Der Vorschlag hierzu kam von der Mathematisch-Naturwissenschaftlichen und der Evangelisch-Theologischen Fakultät.

In der Begründung heißt es, daß die Universität hiermit die Verdienste, die Prof. Grünewald als Chemiker in Lehre und Forschung zukämen, anerkenne. Ausdrücklich wurde auch sein ehemaliger Vorsitz des Vorstandes der BAYER AG gewürdigt.

Prof. Grünewald wurde bereits vor einigen Jahren Ehrenpräsident der Bonner Hochschule. Er ist ebenfalls seit langem Vorsitzender der „Gesellschaft der Freunde und Förderer der Uni Bonn“. △

Dr. Greife Professor in Göttingen

Der Laborleiter im Institut für Tierernährung des Geschäftsbereiches Veterinär im Monheimer Pestizidzentrum, Dr. Heinrich A. Greife, wurde vom Niedersächsischen Minister für Wirtschaft und Kunst zum außerplanmäßigen Professor an der Universität Göttingen ernannt. Dort ist er bereits seit 1971 als Lehrbeauftragter in den Bereichen Tiersphysiologie und Tierernährung beschäftigt. △

Unveröffentlicht

Unter dieser Rubrik erscheinen die Überschriften von Meldungen, die aus Platzgründen nicht veröffentlicht werden konnten. Für unsere LeserInnen zur Information, für uns, um Platz (bzw. Kosten) zu sparen.

Interessierte LeserInnen können die zu den Überschriften gehörenden Informationen über die Geschäftsstelle anfordern.

Aktiv

GREENPEACE: Postkartenaktion für gläserne Abflußrohre

Gesetzentwurf zur Akteneinsicht

125 Jahre BAYER Volksbühne Berlin/DDR zu Gast

Wasser

Mehr Gifteinleitungen bei Hochwasser

Gen-/Biotechnologie

Büchel bei Einweihung des Biotechnikums in Jülich

Pestizide

Mehr Pestizide durch Gen-Technik

Wasserwerke fordern Verbot von Pestiziden

Umweltgifte

Die 1049 Großstoffe des VCI

Giftmüll

Tagung zum Sondermüll

Das Imperium

Hauptversammlung der BAYER-Jubilare

Politik

CDU in Brunsbüttel – Kritik der Grünen

Gesellschaft

Sponsor von Pferden in Neuseeland

Propaganda

Lehrer als Multiplikatoren

Lehrer, Ärzte, Pfarrer und Politiker als Multiplikatoren

Anzeigenserien zu Forschung und Verantwortung des BAYER-Konzerns

BILTRICIDE-Ausstellung im Fuhlrott-Museum

Gewerkschaft

SPD-MDL Jankowski zum Verhältnis Gewerkschaft/BAYER

Wir über uns

Impressum

Herausgeber

Coordination gegen
BAYER-Gefahren e.V.
Aktiv für mehr Umweltschutz
und sichere Arbeitsplätze
bei BAYER – weltweit
Hofstraße 27a
D-5650 Solingen 11
(0)212 – 33 49 54

Die „Coordination gegen BAYER-Gefahren e.V.“ ist ein internationales Selbsthilfe-Netzwerk, das von dem multinationalen BAYER-Konzern Betroffene und an diesem Konzern Interessierte zusammenschließt und die Tätigkeit dieses Multis kritisch begleitet.

Ziel der Arbeit ist es, die von BAYER ausgehenden Gefahren für Mensch und Umwelt bekanntzumachen, einzudämmen und möglichst ganz abzustellen.

Verlag

Eigenverlag

Redaktion

Stichwort: BAYER
Informationen der
„Coordination gegen BAYER-Gefahren e.V.“
Jägerstraße 78
D-4000 Düsseldorf 1
(0)211 – 22 92 601

V.i.S.d.P.

Axel Köhler-Schnura
Hubert Ostendorf

Layout

Christoph Hill
Frank Hockemeyer
Silke Kröger

Druck

Moos Druck
Moosweg 165
5090 Leverkusen

Satz

HEVO-Fotosatz
Robert-Stolz-Straße 50
4600 Dortmund 13

Anzeigen

Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 2 v. Januar 1987

Nachdruck

Der Nachdruck von Artikeln aus 'Stichwort: BAYER' ist ausdrücklich erwünscht. Bitte Quelle angeben und Belege übersenden.

Konto

Postgiroamt Essen
37 83 83 – 439